

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werththätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Belegerlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Belegerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4158) vierteljährlich 1.80 Mk., für 2 Monate 1.20 Mk., für 1 Monat 60 Pfg., excl. Bestellgeld.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schoenlank.

Inserate werden die 5gespaltene Betiteltze oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pfennige. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftszeit 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Arbeiter Leipzigs! Gedenket des 1. Mai, des Weltfeiertags der Arbeit!

Der Fleischverbrauch im Königreich Sachsen.

* Leipzig, 8. April.

Allen schönen Theorien der Vegetarier zum Hohn betrachtet die überwiegende Mehrheit der Menschen unserer geographischen Breiten das Fleisch als einen notwendigen Bestandteil einer ausreichenden Ernährung. Der regelmäßige, täglich mehrmalige Fleischgenuss gehört zum Begriff einer besseren Lebenshaltung und nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb, verzichtet der Arme tage- oder gar wochenlang darauf. Das Studium des Fleischverbrauchs ist darum von der größten Bedeutung für die Erkenntnis der materiellen Lage der Volksmasse. Eine in der Zeitschrift des Königl. sächsischen statistischen Bureaus erschienene, sehr interessante Abhandlung vom Referendar Rudolf Martin: Der Fleischverbrauch im Königreich Sachsen giebt uns Veranlassung, diese wichtige Frage näher zu beleuchten.

Die Arbeit Martins ist vorzugsweise auf dem amtlich erbrachten Material über die Schlachtsteuererhebung, sowie auf den statistischen Aufzeichnungen der Schlachthöfe der größeren Städte Sachsens aufgebaut. Die Details der Berechnungen sind zu kompliziert, als daß wir hier näher darauf eingehen könnten; zum Verständnis der Grundlagen des Ganzen sei nur kurz bemerkt: In Sachsen ist seit dem Jahre 1835 an Stelle der früheren Fleischsteuer (Steuer auf das Fleisch nach dem Gewicht) die sogenannte Schlachtsteuer (Steuer auf das Vieh nach dem Stück) eingeführt. Da Kühe, Schafe, Schöpfe, Lämmer und Ziegen nur zeitweilig und seit 1858 überhaupt nicht mehr zur Steuer herangezogen worden sind, so fehlt für diese Schlachtvieh ein ausreichendes Zahlenmaterial über den ganzen Zeitraum von 1835—1894, auf den sich die Untersuchung erstreckt. Sie beschränkt sich darum auf die vergleichende Berechnung des Verbrauchs an Rind- und Schweinefleisch. Von dem letzteren bleiben jedoch Saugferkel (Ferkel von nicht über 10 kg und seit Juli 1892 von nicht über 20 kg Gewicht) ebenfalls außer Betracht, da auch sie steuerfrei sind, also von der Schlachtsteuerstatistik nicht erreicht werden. Der zur Zeit bestehende Schlachtsteuertarif erhebt für

Döfen 18 Mk. (in Dresden, Leipzig und Chemnitz 21 Mk.), für die übrigen Gattungen von Rindvieh über 150 kg Gewicht 12 Mk., unter 150 kg Gewicht 6 Mk. und für Schweine 3 Mk. Steuer. Für gewöhnlich kommen sonach Schweine, Döfen und Rindvieh über 150 kg überhaupt nicht zur steueramtlichen Verwiegung. Nur für das seitens des Schlächters mit einem Gewicht von unter 150 kg deklarirte Rindvieh finden regelmäßige Gewichtsfeststellungen statt. Daraus erhellt nun die ganze Schwierigkeit der Konsumberechnung. Die Steueramtslisten verzeichnen nur die Stückzahl der Schlachtvieh der betreffenden Tarifklasse, nicht aber das Gewicht derselben. Das Gesamtgewicht der zur Schlachtung gekommenen steuerpflichtigen Tiere kann also nicht zahlenmäßig festgestellt werden. Es kann nur durch Schätzung ermittelt werden. Auf Grund zahlreicher Wägungen aus älterer und neuerer Zeit (so besonders in den Jahren 1893 und 1894 auf dem Leipziger Schlachthof) wird ein Durchschnittsgewicht für die verschiedenen Schlachtviehgattungen berechnet. Durch Multiplikation der Stückzahl mit dem Durchschnittsgewicht wird dann das Gesamtgewicht der geschlachteten Tiere gefunden.

Das Verfahren hat also einen unsicheren Faktor: das geschätzte Durchschnittsgewicht. Die Schätzung mag auf noch so großer Erfahrung und Vorsicht beruhen, sie zeigt auf keinem Schlachthof genau dasselbe Resultat, und ein auch nur wenig zu hoch oder zu niedrig geschätztes Durchschnittsgewicht ergibt bei der Multiplikation mit der in die Hunderttausende gehenden Stückzahl ein beträchtlich ins Fehlerhafte abtretendes Resultat. Dazu kommt als zweite Fehlerquelle das ebenfalls meist nur geschätzte Gewicht der nicht verzehrbaren Körperteile und Abfälle, der sogenannten „Kleinodien“, deren Begriff zudem nach Orten, Tieren und Interessenten verschieden ist. Schließlich läßt auch die mangelhafte Statistik über die Ein- und Ausfuhr von Fleischwerk die Ergebnisse der Martinschen Berechnungen unsicher erscheinen, wenn auch in geringerem Maße als die beiden ersterwähnten Gründe.

Nach diesen zur Vorsicht mahnenden Vorbemerkungen mögen die Hauptergebnisse für den Fleischverbrauch im ganzen Königreich folgen. Es betrug der jährliche Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung:

Im Durchschnitt der Jahrzehnte	an Rindfleisch kg	an Schweinefleisch kg	an Rind- u. Schweinefl. auf kg
1835—1844	7,2	8,6	15,8
1845—1854	7,4	9,4	16,8
1855—1864	8,8	12,1	20,9
1865—1874	10,1	14,9	25,0
1875—1884	11,6	18,2	29,8
1885—1894	18,5	21,1	34,6

Danach hätte sich die Steigerung des Konsums zwischen dem Jahrzehnt 1845—1854 und dem Jahrzehnt 1855—1864 auf 4,1 kg belaufen. Die gleiche Steigerung um 4,1 kg hätte von dem Jahrzehnt 1855—1864 zu dem Jahrzehnt 1865—1874 stattgefunden, während die Konsumhebung von dem letztgenannten Jahrzehnt zu dem nächstfolgenden, und von diesem zu dem letzten Jahrzehnt der Untersuchungsperiode sogar je 4,8 kg pro Kopf betragen hätte. Es wäre also seit 1835 eine stete und bedeutende Hebung des Fleischverbrauchs für das Königreich Sachsen zu verzeichnen. Der Rind- und Schweinefleischverbrauch pro Kopf wäre in den vergangenen 60 Jahren, von 1835—1894, um 119,8 Prozent des Verbrauchs vom Jahre 1835 gestiegen.

Ist man dazu in Betracht, daß auch die Bevölkerungszahl in dieser Zeit von 1 606 600 auf 3 692 600, also um 129,8 Prozent, gestiegen ist, so erscheint die Steigerung des Fleischkonsums noch um so bemerkenswerter. Trotz der starken Bevölkerungszunahme ermöglichte die wirtschaftliche Entwicklung eine Steigerung des Rind- und Schweinefleischverbrauchs um mehr als das Doppelte. Der jährliche Verbrauch der gesamten Bevölkerung (also der absolute Verbrauch) hob sich von 25 935 100 kg im Jahre 1835 auf 180 651 850 kg im Jahre 1894, d. h. in 60 Jahren um 403,8 Prozent.

Dieses glänzende Ergebnis ist natürlich von bürgerlichen Blättern sofort benutzt worden, um darzutun, wie herrliche Früchte die Entwicklung des modernen Wirtschaftslebens auch dem arbeitenden Volke in den Schoß geworfen habe. Wir unsererseits verschließen uns weder der Wahrheit noch lassen wir uns durch den Schein betrügen. Nehmen wir an, in die Martinschen Ergebnisse seien aus den vorerwähnten Fehlerquellen keine groben Irrtümer mit eingeflossen. Was besagen diese Resultate? Seit den dreißiger Jahren datiert

Seuilleton.

Nachdem verboten.

Mein Onkel Benjamin.

Von Claude Tillier.

Deutsch bearbeitet von Ludwig Pfau.

XIV.

Wie mein Onkel in seinen Patenverrichtungen von Parlanta gestört und ins Gefängnis gebracht wurde.

Gutes Mutes erhob sich mein Onkel am nächsten Morgen und dachte nicht mehr an den gegen ihn erlassenen Haftbefehl. Gepudert und feierlich steuerte er der Kirche zu, die Jungfer Mingit an der rechten Seite und seinen Degen an der linken; gefolgt von Pagina, der sich in seinem haselnußbraunen Frack brüstete; von Arthus, dessen Bauch sich bis über den Durchmesser hinab, in eine Weste mit großem Gehläm und dazwischen hüpfendem Gevögel gewickelt hatte; von Miso-Ratto, der eine backsteinfarbige Perücke trug und dessen grauleinene Schenkelbeine schwarz geprenkelt waren; sowie von einer großen Zahl anderer, welche ich der Nachwelt nicht überlebere. Parlanta allein fehlte beim Appell. Zwei Geigen krächzten an der Spitze des Zuges, den Weißkurz und seine Frau beschloßen. Benjamin, immer splendid, säte der Jugend Pfennige und Zuckerbohnen auf seinem Wege. Raspar, ganz stolz, ihm als Tafel zu dienen, ging an seiner Seite und trug in einem großen Papiersack das Zuckerwerk der Feierlichkeit. Aber bald nahm das Fest eine ganz andere Wendung.

Parlanta hatte von Gutfarb und vom Amtmann den ausdrücklichen Befehl erhalten, die Verhaftung während der Feierlichkeit vorzunehmen. Er hatte seine zweibeinigen Fingerringe im Vorhofe des Tribunals in Hinterhalt gelegt und er selber erwartete den Zug unter dem Portal der Kirche. Sobald er den Dreispitz meines Onkels zum Vorschein kommen sah, ging er auf diesen los und forderte ihn im Namen des Königs auf, ihm ins Gefängnis zu folgen.

Parlanta, antwortete mein Onkel, was du da thust, vertritt sich schlecht mit den Regeln der Artigkeit. Könntest du nicht bis morgen warten mit meiner Beschlagnahme, und heute mit uns essen?

Wenn dir viel daran liegt, sagte Parlanta, will ich warten; aber wissen sollst du, daß die Befehle des Amtmanns ganz ausdrücklich sind, und daß ich, wenn ich sie hintansetze, seinen Grimm auf mich lade in diesem Leben und im anderen.

Wenn dem so ist, thu' deine Pflicht, sagte Benjamin, und er bat Pagina, seinen Platz an der Seite der Jungfer Mingit einzunehmen. Sodann verneigte er sich vor dieser mit all der Grazie, welche seine sechs Fuß drei Zoll zulieken, und sprach: Sie sehen, mein Fräulein, daß ich gezwungen bin, mich von Ihnen zu trennen; ich bitte Sie, zu glauben, daß nur ein Befehl im Namen Sr. Majestät mich hierzu bestimmen kann. Ich hätte gewünscht, daß mich Parlanta das Glück dieser Feierlichkeit hätte zu Ende genießen lassen, aber diese Gerichtsboten sind wie der Tod: sie fallen ihre Beute an, wo sie sie finden; sie reißen sie gewaltsam vom Arme des geliebten Gegenstandes, wie ein Kind einen Schmetterling an den zarten Flügeln aus dem Kelch einer Rose zerrt.

Das ist ebenso unangenehm für mich wie für Sie, sagte Jungfer Mingit, indem sie ein gewaltig schiefes Maul

machte: Ihr Freund ist ein kleiner Mann, rund wie ein Nadelkissen und trägt eine Perücke mit Wuckeln; ich werde aussehen neben ihm wie eine Hopfenstange.

Was soll ich machen? erwiderte Benjamin trocken, ausgebracht über so viel Egoismus, ich kann weder Sie kürzen, noch den Herrn Pagina strecken, noch ihm meinen Bopf leihen.

Benjamin verabschiedete sich von der Gesellschaft und folgte Parlanta, indem er seine Lieblingsartie piffte:

Malbrough geht aus zu kriegen
Mironton, mironton, mirontane —

Auf der Schwelle des Gefängnisses stand er einen Augenblick still, um einen letzten Blick in die freien Räume zu werfen, welche sich hinter ihm schließen sollten; er bemerkte seine Schwester am Arm ihres Mannes, wie sie ihm einen Blick der Verzweiflung nachschickte; bei dieser Wahrnehmung zog er die Thüre hastig hinter sich zu und sprang in den Hof.

Abends kam mein Großvater mit seiner Frau, um ihn zu besuchen. Sie fanden ihn, oben auf der Treppe sitzend, wie er gerade den Rest seiner Zuckerbohnen den Genossen seiner Gefangenschaft hinabwarf und wie ein Glückseliger über die Pässe lachte, welche sich diese in haschendem Eifer austeilten.

Was Teufels machst du da? fragte mein Großvater. Das siehst du ja, antwortete Benjamin, ich spiele die Tauffeier zu Ende. Findest du nicht, daß diese Menschen, die sich zu unseren Füßen tummeln, um fade Zuckersachen anzulernen, ganz und gar der Gesellschaft gleichen? Die armen Bewohner dieser Erde stoßen, drücken und treten sie sich nicht gerade so, um sich die Güter zu entreißen, welche der liebe Gott mitten unter sie ausgestreut hat? Wirft nicht ebenso der Starke den Schwachen zu Boden, blutet

in Deutschland der wirtschaftliche und politische Aufschwung des dritten Standes. Die kapitalistische Entwicklung war ein Fortschritt gegenüber der überlebten handwerklichen Wirtschaftsordnung. Durch die Emancipation des vordem an Händen und Füßen gebundenen dritten Standes ist zweifellos in eine breitere Schicht der Bevölkerung ein größerer wirtschaftlicher Wohlstand eingezogen. Die Lebenshaltung von einigen Millionen Menschen hat sich dadurch gegen früher bedeutend gehoben. Das muß sich auch im Durchschnitt des Fleischverbrauchs zum Ausdruck bringen.

Aber erstens steht dieser Durchschnittsverbrauch auch heute noch so weit unter dem physiologisch Notwendigen, daß von einer menschenwürdigen Lebenshaltung für die Masse keine Rede sein kann. Zweitens bleibt dieser Durchschnittsverbrauch an dem vornehmsten Lebensmittel noch weit hinter dem zurück, was mit den modernen Arbeits- resp. Verkehrsmitteln auf den Markt gebracht werden könnte, wenn nicht die kapitalistischen Interessen den Volkswirtschaften allerwärts in die Quere kämen. Die Differenz zwischen dem Erreichbaren und dem Erreichbaren ist auch auf dem Gebiet der Fleischproduktion und Versorgung noch so ungeheuer, daß die Martinschen Zahlen nur Anklagen gegen die herrschende Gesellschaft sein können. Und drittens ist die Verteilung des Vorhandenen so ungerecht, der dem Proletariat zufallende Teil so sehr nach Quantität und Qualität minderwertig, daß auch in dieser Sache nach wie vor die „Unzufriedenheit“ eine soziale Pflicht bleibt.

Wir werden in einem weiteren Artikel das noch näher zu beleuchten haben an Hand der Ergebnisse, die die Martinsche Arbeit hinsichtlich des Fleischkonsums in den größeren sächsischen Städten, insbesondere in Leipzig, zu Tage gefördert hat.

Politische Uebersicht.

Ein Osterfest für die deutschen Steuerzahler ist noch nachträglich angebrütet worden. Die neue Marinevorlage, wie sie dem Reichstag im Spätherbst dieses Jahres vorgelegt werden dürfte, ist ausgearbeitet und, wie der hannoversche Kurier erzählt, dem Kaiser vor seiner Abreise nach dem Mittelmeer angeblickt schon unterbreitet worden. Danach werden an Schiffsneubauten verlangt: drei Panzerschiffe erster Klasse (Ersatz Kaiser etc.) zu je 24 Mill. Mk., einschließlich der Armierung, zusammen 72 Mill. Mk. Außerdem werden verlangt sieben neue Kreuzer, deren Herstellungskosten einschließlich der Armierung zwischen 7 und 16 Mill. schwanken, im Mittel etwa 11 Mill. Mk., so daß diese sieben neuen Kreuzer 77 Mill. Mk. kosten. Die durch Annahme der Vorlage bedingten einmaligen Mehrausgaben belaufen sich also auf rund 150 Mill. Mk. und werden sich auf nur drei Etatsjahre (1897/98, 1898/99, 1899/1900) verteilen. Sämtliche Schiffsneubauten sollen im Jahre 1900 vollendet sein. Die Begründung der Vorlage wird den Nachweis der entsprechenden Leistungsfähigkeit der deutschen Werften enthalten. Jetzt heißt es, den Reichstag rückgratstief zu machen. Das ist die nächste Aufgabe des deutschen Volkes.

Eine Specialverwaltung für Sicilien. Unser v. Korrespondent schreibt uns aus Mailand: An Stelle Crispis Gewaltpolitik, der das afrikanische Unternehmen eine Zeitlang als Deckmantel diente und die den Sozialismus töten sollte, tritt die Rudinische Beschäftigungspolitik. Sicilien, wo den zurückgekehrten Märtyrern die großartigsten Empfangsfeierlichkeiten bereitet wurden und das Land trotz des befürchtenden Einflusses der sozialistischen Idee wieder drohende Gestalt annehmen kann, bekommt durch einen königlichen Erlaß einen Zivilgouverneur, mit weitgehendsten Vollmachten ausgerüstet.

und schreit nicht ebenso der Schwache? beleidigt nicht ebenso derjenige, welcher alles genommen, den, dem er nichts gelassen, mit übermütiger Fronte? und giebt nicht ebenso, wenn dieser sich zu befragen wagt, jener ihm einen Tritt auf den Pödel? Diese armen Teufel sind außer Atem und bedeckt mit Schweiß; ihre Finger sind gequetscht und ihre Gesichter geschnitten; keiner ist dem Kampf entronnen ohne irgend eine Schmarre. Wenn sie mehr auf ihr wohlverstandenes Interesse gehört hätten als auf die Eingebungen ihrer Habgier, hätten sie sich in diese Zuckerbohnen als Brüder geteilt, statt sich als Feinde darum zu schlagen.

Das ist möglich, antwortete Weiskurz, aber sieh zu, daß du dich diesen Abend nicht zu sehr langweilst und heute nacht gut schliffst, denn morgen früh bist du frei.

Wie so? fragte Benjamin.

Wir haben, um dich aus der Schlinge zu ziehen, unseren kleinen Weinberg verkauft, antwortete Weiskurz.

Und ist der Kontrakt unterzeichnet? fragte Benjamin angstvoll.

Noch nicht, sagte mein Großvater, aber wir kommen heute abend zusammen, um ihn zu unterzeichnen.

Nun denn! Weiskurz, und du meine teure Schwester, gebt wohl acht auf das, was ich euch sage: Wenn ihr euren Weinberg verkauft, um mich aus den Krallen Gutfärbs zu reißen, so besteht der erste Gebrauch, den ich von meiner Freiheit mache, darin, daß ich euer Haus verlasse, und eurer Lebtag seht ihr mich nicht wieder.

Es muß aber doch so sein, sagte Weiskurz, man ist Bruder oder man ist's nicht. Ich kann dich nicht im Gefängnis lassen, wenn ich die Mittel in Händen habe, dir die Freiheit zu verschaffen. Du nimmst die Dinge als Philosoph, aber ich bin kein Philosoph, ich. So lange du hier bist, kann ich weder ein Stück Brot essen noch ein Glas Wein trinken, das mir wohlbekommt.

Und ich, sagte meine Großmutter, glaubst du, daß ich mich daran gewöhnen könnte, dich nicht mehr zu sehen? Hat dich unsere Mutter nicht mir auf ihrem Totenbett empfohlen? Hab' nicht ich dich aufgezogen? Betracht' ich dich nicht als das älteste meiner Kinder? Und diese armen Kinder! es thut einem weh, wenn man sie ansieht; seitdem du nicht mehr bei uns bist, meint man, es sei ein Sarg im Haus. Sie wollten alle mitkommen, um dich zu sehen und die kleine Ranett wollte um keinen Preis ihre

Die Ag. Stef. veröffentlicht dieses Dekret des Königs, durch das für ein Jahr ein Zivilkommisär für alle Provinzen Siciliens mit dem Amtssitz in Palermo eingesetzt wird, der zugleich die Präfektur Palermo verwalten wird. Der Kommissar ist mit der politischen und administrativen Machtvollkommenheit der Minister des Innern, der Finanzen, der Arbeiten, des Unterrichts und des Ackerbaues betraut für diejenigen Angelegenheiten, welche speziell die öffentliche Sicherheit und die Verwaltung der Gemeinden Siciliens betreffen. Auch über diejenigen Angelegenheiten, welche der Kompetenz der Centralregierung vorbehalten sind, werden die Präfekten Siciliens mit dem Kommissar sich zu begeben haben. Dem Kommissar wird eine außerordentliche Revision des Budgets der Provinzen und Gemeinden obliegen, damit alle Ausgaben den Steuerkräften angemessen seien. Dieses Dekret wird dem Parlament vorgelegt und zum Gesetz umgewandelt werden. Die Regierung wird außerdem im Parlamente Gesetzentwürfe betreffend die Ausfuhrzölle auf Schwefel und die Errichtung einer Vertretung der Bergwerkinteressen einbringen. Bei letzterem Gesetzentwurf wird besonders die Lage der Bergarbeiter berücksichtigt werden. Durch ein weiteres Dekret vom gestrigen Tage ist der Senator Graf Cobronchi zum Minister ohne Portefeuille und Zivilkommisär für Sicilien ernannt worden. Derselbe soll besonders Gemeindefinanzreformen vornehmen zu gunsten der schwer belasteten nichtbesitzenden Klassen. Die gemeldeten Truppenkonzentrationen auf der Insel (Palermos Garisison wurde dieser Tage mit 2 Bataillonen, Messina mit einem, verstärkt, nach Palermo telegraphisch 2 weitere Bataillone beordert) kontrastieren aber mit dem friedlichen Vorhaben.

Deutsches Reich.

Der Fall Stenglein und die Presse.

Unsere Mitteilungen über den Oberlandesgerichtsrat Stenglein in Kolmar scheinen der deutschen Presse so unmöglich gelungen zu haben, daß sie bisher nicht wagen, der Öffentlichkeit den Fall eingehend zu unterbreiten. Vollständig schweigt sich bis heute die Berliner Presse aus. Es ist richtig, niemand glaubt daran, daß ein deutscher Richter sich dem Auslande gegenüber eine Handlungsweise wie Stenglein zu schulden kommen lassen könne. Noch viel weniger aber mag man daran glauben, daß ein Disciplinargericht, das den Sachverhalt genau kennt, sich mit dem mitgeteilten Urteil begnügt und nicht Veranlassung nimmt, den Kollegen dem Schicksal zu übergeben, dem er nun einmal nach heutigem Recht und Gesetz verfallen ist.

Ja, der deutsche Beamtensstand steht bei der bürgerlichen Gesellschaft in so hoher Achtung, daß man an derartige Vorkommnisse einfach nicht glaubt. Und doch entsprechen unsere Mitteilungen durchaus der Wahrheit. Die Straßburger Post sieht sich daher auch schon gezwungen, die Richtigkeit unserer Mitteilungen zuzugestehen. Sie berichtet über den Fall:

1. Das Vorkommnis, auf welches das sozialdemokratische Blatt besonderes Gewicht legt, datiert aus dem Jahre 1885, so daß ein strafrechtliches Einschreiten, wenn überhaupt ein dazu geeigneter Tatbestand vorhanden war — schon wegen eingetretener Verjährung — nach geltendem Rechte nicht mehr in Frage kommen konnte.

2. Im richterlichen Disciplinarverfahren können die Landesgerichte auf strengere Strafen als zeitweilige Dienstenthebung und Strafversetzung überhaupt nicht erkennen, während auf Absetzung nur das Reichsgericht erkennen kann, nachdem ein auf zeitweilige Dienstenthebung lautendes Erkenntnis des Oberlandesgerichts ergangen ist.

Was die Straßburger Post von der Strafstrenge der Landesgerichte sagt, bildet durchaus keine Entschuldigung für die Dis-

ciplinarrichter im Falle Stenglein. Es ist unerhört, einen Mann wie Stenglein nur mit neun Monaten Dienstenthebung und Veretzung in eine gleich hohe Stellung zu strafen! Mit dieser formellen Entschuldigung wird den Disciplinarrichtern die Verantwortung für ihr Verhalten Stenglein gegenüber nicht abgenommen.

Doch die Hauptsache ist zunächst die indirekte Quittung der Post über die Richtigkeit unserer Angaben. Außer der Straßburger Post hat noch die Frankfurter Zeitung anfangs zweifelnd und misstrauend vom Falle Stenglein Notiz genommen. Nach der Aufklärung durch die Straßburger Post schreibt nun das Blatt: „Hieraus und aus dem Disciplinarverfahren überhaupt muß man leider schließen, daß die Leipz. Volksztg. nicht trübsinnig berichtet hat. Hat aber Herr Oberlandesgerichtsrat Stenglein sich jener Handlung wirklich schuldig gemacht, — so ist es klar, daß die Sache mit dem Spruch der Kolmarer Disciplinarkammer nicht beendet sein kann. Davan ändert auch die juristische Verjährung, die so zufällig unmittelbar vor Bekanntwerden eintrat, nichts.“ Von Parteizeitungen haben bis gestern nur das Hamburger Echo unter Auswärtiges und die Frankfurter Volksstimme Notiz genommen. Vielleicht daß nunmehr die deutsche Presse den Fall Stenglein nicht länger der Öffentlichkeit vorenthalten wird. Dadurch würde die ganze Angelegenheit in den Augen des Auslandes noch in viel traurigerem Lichte erscheinen. Der Vorwärts bringt heute eine Korrespondenz aus Elbaf-Pohringen, die den Fall Stenglein behandelt. Das Organ des „Herrn Dr. Schoenlant“ wird darin als Quelle nicht angegeben.

* Berlin, 8. April. Die preussischen Forstbeamten haben sich einen Osterhasen geschossen. Wenn sie bisher heiraten wollten, mußten sie vorher förmlich um die Erlaubnis dazu bei der vorgesetzten Behörde bitten; von jetzt ab brauchen sie's der Regierung nur noch anzuzeigen. Groß ist der Fortschritt nicht, denn auch die neue Vorschrift greift noch stündig genug ins Privatleben dieser Beamten ein: Die Regierung geht es gar nichts an, ob, wen und wann ein Beamter heiratet.

Die preussische Kreditvorlage ist dem Abgeordnetenhaus schon zugegangen. Die Staatsregierung wird darin ermächtigt, zum Bau von im ganzen 18 Eisenbahnlängen die Summe von 57 503 000 Mk., zur Verteilung des Staates an dem Bau von zwei Eisenbahnen 818 000 Mk., zur Förderung des Baues von Kleinbahnen 8 000 000 Mk. und zur Errichtung von landwirtschaftlichen Getreidelagerhäusern 3 000 000 Mk., insgesamt 69 321 000 Mk. zu verwenden. Ueber die Verwendung der letztgenannten beiden Fonds wird dem Landtage alljährlich Rechenschaft abgelegt werden.

Gegenüber der Behauptung der Deutschen Tageszeitung, der Gesetzentwurf über die Organisation des Handwerks habe das Staatsministerium in seiner Sitzung vom 2. März beschloffen, erklärt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, die Vorlage sei dem Staatsministerium noch nicht zugegangen.

Daß Abg. v. Levetzow beabsichtigt, sein Reichstagsmandat niederzulegen, ist nach der Deutschen Tageszeitung unzutreffend.

Zu Rosenheim ist am Dienstag der Reichstags- und bayerische Landtagsabgeordnete geistlicher Rat und Domdekan Keindl gestorben. Keindl gehörte seit 1881 dem Reichstag als Mitglied des Centrums an und vertrat den 4. Wahlkreis in Schwaben.

Zu dem Prozeß gegen Freiherrn v. Hammerstein werden die Verteidiger gegen die Rechtmäßigkeit der Auslieferung des Angeklagten Protest erheben.

Vizepräsident zur See v. Petelsholtz, über dessen Duell mit dem Rechtsanwalt Zentler bereits von uns berichtet wurde, ist vom Bord der Hohenzollern soeben zur Marineinspektion versetzt worden. Die öffentliche Besprechung des Falles war also doch nicht nutzlos.

Ein liebenswürdiger Bruder ist der Regierungsrat Polomski in Breslau. Ein Bruder desselben, Robert Polomski in Breslau, offeriert den königlichen Betriebsinspektionen eine Reihe von Artikeln, die bei der Wahnunterhaltung und bei sonstigen Banarbeiten gebraucht werden. Dieser Offerte des Robert Polomski ist beigelegt eine der freisinnigen Zeitung im Original vorliegende Bittenskarte. Dieselbe hat folgenden Inhalt: Regierungsrat Polomski, Mitglied der königlichen Eisenbahndirektion, Breslau den 20. März 1896, erlaubt sich, seinen Bruder bestens zu empfehlen. Die Betriebsinspektionen müssen auf diese Empfehlung des Vorgesetzten hin die Waren vom Bruder Robert höchst vollkommen finden und übertragen diesen schlauen Bruder die Versicherung des Bedarfs. Protektion muß man in der Welt haben.

Im Centrum bereitet sich eine längst vorausgesehene Spaltung vor. Herr v. Schalscha hat gegen die Stellung der Fraktion in Agrarfragen geäußert und erhält nun von der königlichen Volkszeitung folgenden Wink mit dem Zaunpfahl: „Herr v. Schalscha mag zum Bunde der Landwirte gehen und sich von Herrn v. Plöb als Helfeagitor anwerben lassen; in dessen Methode paßt er durchaus. Wenn er nochmals mit der Begründung einer katholischen Abteilung des Bundes der Landwirte droht, falls das Centrum nicht für Abschaffung des Terminhandels in Getreide, Verbot der Margarinefärbung und des Margarinekäses, ein Rübenkontingent von 17 Millionen Centner und Ausfuhrprämien von mindestens 8 Mk. Stimme, so können wir nur nochmals versichern, derartige Drohungen werden auf das Centrum nicht den mindesten Eindruck machen. Man wird dort stimmen, wie man es nach gewissenhafter Prüfung im Interesse der Landwirtschaft wie der Gesamtheit für richtig hält; alles andere kommt nicht in Betracht. Zu Versprechungen, die nicht durchführbar und auch nicht ernst gemeint, mit anderen Worten also einfach betrügerisch sind, wird sich das Centrum nicht hergeben, wenn auch andere Leute solche Mittel nicht verschmähen.“ Zu gleicher Zeit schließt die Deutsche Reichszeitung in einem eingegangenen Briefe den Centrumsagrarter v. Lob ab. Die Reichszeitung wirft die Frage auf, ob nicht Freiherr v. Lob weit über die Zwecke der agrarischen Bewegung, d. h. über die materielle Verbesserung des Bauernstandes hinaus, Zielen zu strebe, die für die gesamte Centrumpartei verhängnisvoll sein dürften. Man darf auf die Entwicklung des Streites gespannt sein.

Die Massenpensionierungen von Offizieren werden auch der gutgesinnten nationalliberalen Presse zu unheimlich. Der hannoversche Kurier läßt sich von einem Fachmann schreiben: „Es kam gar nicht zweifelhaft sein, daß die massenhaften Offizierspensionierungen, die in letzter Zeit wiederholt in der Presse und im Reichstage und in der bayerischen Landstube er-

(Fortsetzung folgt.)

Direct worden sind, großes Mißvergnügen haben. Das ist eine Mitteln ist. Die Pensionen heute schon ebenso Offiziere zählt. dem feuerzehrenden Volk Reichspensionäre!

Meinungen. 7. April. Beurteilung in der Vollzug erster Freiheit an Personen unter 18 Jahren ein Begnadigung die bedingte von Freiheitsstrafen, bei älteren Personen und bei höheren Freiheitsstrafen Platz. Das Verfahren findet auch Anwendung auf die vom Landgericht oder Schwurgericht Meiningen Bewurteilten, soweit das Begnadigungsrecht dem Herzog von Sachsen-Meinungen zusteht.

Karlsruhe, 7. April. Oster-Sonntag und Montag fand in Heidelberg der VI. badische Parteitag statt. Zu demselben waren 50 Delegierte aus 39 Orten erschienen. Der Rechenschafts- und Kasienbericht, den Landesvorstand Genosse Gang (Freiburg) erstattete, war ein sehr erfreulicher. Trotz dem — nun beigelegten — Parteistreit hat die Organisation im letzten Jahre Fortschritte gemacht. Die Klassenverhältnisse sind günstige; für das laufende Jahr ist ein Ueberschuß von 325.67 Mark vorhanden. Genosse Landtagsabgeordneter Geiß (Mannheim) referierte über die parlamentarische Thätigkeit der Landtagsabgeordneten. In der auf diesen Vortrag stattfindenden Diskussion tadelt man besonders das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber dem „Hospitalanten“ Steegmüller. Genosse Dreesbach sprach über die letzten Landtagswahlen und was uns dieselben lehren. Sein mit Beifall aufgenommenem Vortrag gipfelte darin, daß die sozialdemokratische Partei auch unter dem indirekten Wahlssystem noch Mandate erobern kann, sofern überall eine planmäßige Agitation entfaltet wird. Genosse Adolf Geck (Offenburg) referierte über die Gemeindevahlen. Geck geißelte die Klassenwahl und beleuchtet besonders den Antrag des Centrums im badischen Landtag auf Herabsetzung der Klasseninteilung von Zwölftel auf Sechstel. Redner empfiehlt trotz des reaktionären Wahlmodus Beteiligung an den Gemeindevahlen, da wir in verschiedenen Orten bedeutende Erfolge zu verzeichnen hätten. Von den allgemeinen Anträgen, welche zur Beratung gelangten, waren die wichtigsten diejenigen, welche sich auf die Presse bezogen. Karlsruhe hatte wieder den Antrag gestellt, daß der Offenburger Volksfreund als täglich erscheinendes Organ nach Karlsruhe verlegt wird, eventuell soll derselbe vorläufig in Offenburg täglich erscheinen. Die Prekangellegenheit wurde dem Landesvorstand in Verbindung mit Genossen Geck zur weiteren Behandlung überwiesen. Als Vorort wurde wieder Freiburg gewählt. Die Gegner, welche hofften, auch auf dem diesjährigen Parteitag werde der „Mißbilligkeits“-Inseniert, waren gründlich geküßelt. Müdi wurde gegangen und die Genossen im ganzen Lande sind so einig als nur irgend einmal. Möge auch dieser Parteitag die Entwicklung der badischen Partei fördern.

München, 6. April. Das Staatsministerium des Innern hat sämtliche Regierungen und Kammern des Innern beauftragt, insofern dies nicht bereits in jüngster Zeit geschehen ist, im Laufe des Jahres die in ihrem Bezirk befindlichen öffentlichen und privaten Irrenanstalten, sowie die Anstalten zur Unterbringung und Verpflegung von Geisteskranken, Blöden durch Kommissare unter Zuziehung der ständigen Amtsärzte, bezw. jener Ärzte, die den ärztlichen Anstaltsdienst zu besorgen haben, in Bezug auf Organisation und Betrieb, auf ärztliche, pflegerische und ökonomische Verhältnisse, sowie auf bauliche und innere Einrichtungen einer Untersuchung unterziehen zu lassen und die Ergebnisse dieser Inspektionen dem Staatsministerium des Innern vorzulegen.

Oesterreich-Ungarn. Oesterreichischer Parteitag.

Prag, 6. April. Gestern trat hier der fünfte Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs zusammen. Erschienen sind etwa 150 Delegierte. Die deutsche Sozialdemokratie wird durch den Reichstagsabgeordneten Wolfenbühr vertreten; Abgeordneter Auer ist am Erscheinen verhindert. Da der Kongreß auf Grund des § 2 des oesterreichischen Versammlungsgesetzes einberufen ist und nur aus geladenen Teilnehmern und Gästen besteht, tagt er ohne jede polizeiliche Ueberswachung.

Nach der Konstituierung des Parteitages erstattete Dr. Ellenbogen Bericht über die Thätigkeit der Partei in den letzten zwei Jahren. Ueberall zeige sich das Wachstum der Partei, die jetzt über 14 deutsche, 13 tschechische, 2 polnische und 1 italienische Kreisorganisation verfüge. Besondere Erfolge hat die Partei in der Organisation der Bergarbeiter erzielt. Im Laufe der zwei Jahre haben über 2000 Volksversammlungen stattgefunden. Erfolge sind auch in der Franzisierung der Bauern erzielt worden. In Mähren besteht eine eigene sozialdemokratische Bauernorganisation, in West- und Südböhmen stehen viele Bauern in der Parteiorganisation und in Galizien beteiligen sich die Bauern an der Parteiführer. In Galizien ist auch ein besonderes sozialdemokratisches Agrarprogramm im Werden.

Smelana-Bien berichtet über die Thätigkeit der tschechischen Sozialdemokratie und konstatiert auch hier Fortschritte. Redner wendet sich scharf gegen die Jungtschechen.

Es werden noch eine Reihe Situationsberichte aus verschiedenen Kronländern erstattet, dann wird die Fortsetzung der Debatte auf morgen vertagt.

In der heutigen Vormittagsitzung wurde die Debatte über die Thätigkeit der Parteileitung beendet und der Parteileitung auf Antrag der Kontrollenre einstimmig Decharge erteilt.

In der Nachmittagsitzung kommt Punkt 3 der Tagesordnung: „Die Wahlreform“ zur Verhandlung. Im Namen der Parteileitung tritt Dr. Auer für eine Resolution ein, die vorschlägt, die Wahlreform Baden's principiell für unannehmbar zu erklären, trotzdem aber gleich nach dem Inkrafttreten der neuen Wahlordnung die Vertrauensmänner einzuladen, an einem geeigneten Orte des Wahlkreises zusammenzutreten zu wollen, um die Wahlagitiation in die Hand zu nehmen und Kreiswahlkomitees zu bilden. In allen Kronländern soll eine kräftige Agitation entfaltet werden, um die Landtage zu veranlassen, die indirekten Wahlen zu beseitigen.

Die weitere Debatte bewegt sich im großen und ganzen im Sinne der Auer'schen Resolution und wird schließlich abgeschlossen, um morgen fortgesetzt zu werden.

Bei der Debatte am 7. April wurde der Antrag angenommen: die Partei solle, wenn ihr Baden's Wahlreformentwurf aufgegeben werden sollte, Kandidaten aufstellen, die im Parlament das allgemeine direkte Wahlrecht reklamieren und dann das Mandat wieder niederlegen sollen. Darauf sollen sie sich wieder wählen lassen und so lange reklamieren, bis ihre Forderungen erfüllt werden. Weiter wurde ein Antrag angenommen, wonach die Festsetzung des Sonntags als Wahltag verlangt wird.

Frankreich.

In Paris übte die oberen Zehntausend. Als der Präsident Faure den Kuppelplatz von Lutetia am letzten Sonntag besuchte, demonstrierte das elegante Publikum. Als Faure die Tribüne verließ, wurden Rufe: „Hoch der Präsident! Hoch der Senat!“ laut, und der letzte Ruf wiederholte sich stärker, als die Minister vorbeikamen. Auch rief man: „Nieder Bourgeois! Nieder Ricard! Nieder das ganze Kabinett!“ Dadurch wird sich das Kabinett Bourgeois in seinem Vorgehen gegen den volksfeindlichen Senat nicht irritieren lassen.

Italien.

Mailand, 7. April. Einen harten Wahlkampf hat Carpi (Emilio) hinter sich. Der Bäder Bertesi, Sozialist, der bei letzter Wahl mit nur 20 Stimmen unterlag, hat diesmal den General Franti mit 200 Stimmen Mehrheit geschlagen; die sozialistischen Abgeordneten Agnini, Babaloni, Costa, Prampolini und Berenini waren auf dem Kampflplatz erschienen.

Prozess Barattieri. — Kein Friede mit Menelli.

Rom, 8. April. (Hirsch's L.V.) Der Prozeß gegen Barattieri soll Ende April in Massana verhandelt werden. Dort hält man dies für einen Fehler, da die gerichtliche Verfolgung des früheren langjährigen Gouverneurs auf die Eingeborenen einen schlechten Eindruck machen muß. Der Corriere della Sera meldet aus Massana, daß angesichts der unerfüllbaren Forderungen Menelli's die Friedenshoffnungen auf Null gesunken sind. Man glaubt in Massana, General Baldissera werde zum Entschluß Abignati einen Vorstoß wagen.

Amerika.

Obgleich Senat und Repräsentantenhaus Resolutionen gefaßt haben, die den Präsidenten Cleveland ermächtigen, ein Eingreifen Amerikas in die cubanischen Wirren zu veranlassen, so verlannt doch, daß Präsident Cleveland auf Grund dieser Resolutionen wahrscheinlich keine Schritte thun werde, da auch durch sie die Aufständischen als kriegsfähende Macht anerkannt werden. Nach einer Drahtmeldung des Bail aus Expreß aus Washington soll Cleveland's Privatsekretär erklärt haben, der Präsident habe bereits Anweisungen erteilt, daß die auf Cuba bezüglichen Beschlußanträge an das Staatsdepartement abgegeben werden. Der Sekretär habe hinzugefügt, Cleveland warte nähere Berichte aus Cuba ab, ehe er handeln werde. Die meisten Blätter meinen, Cleveland werde nichts thun.

Afrika.

Massana, 7. April. Oberst Stovani griff am 3. April die in den Wäldern und Berganhangungen von Tucus stehenden Derrwische an, besetzte einen Teil, konnte jedoch die Derrwische nicht völlig vertreiben und kehrte in vollständiger Ordnung nach Kaffala zurück. Den für den 4. April beabsichtigten neuen Angriff verbot General Baldissera wegen der allgemeinen Lage und befahl Stovani, mit der Kolonne nach Argordat zurückzukehren.

Aus der Partei.

1. Meerane, 6. April. Die Wahlüberlage bei der letzten Landtagswahl schmerzt unsere Reaktionäre tief. Die verdammte Sozialdemokratie soll und muß ausgerottet werden! Dazu wird sicherlich das jetzt über drei Wirtschaften verhängte Militärverbot viel beitragen, meinen unsere Gegner wohl. Seit Freitag dürfen Thüringer Hof, Kaiserhof und Böhmen-schlößchen von den Leuten im bunten Rock nicht mehr besucht werden. Wenn die Leute, die diese Maßregel veranlaßt haben, wüßten, wie groß die Erbitterung darüber gerade in den Kreisen ist, die bisher uns fern standen, hätten sie's nicht gethan. Uns kann's so recht sein! Mögen die Gegner nur fortfahren, für uns auf solche Weise Propaganda zu machen!

Braunewetterstrafen. Der Vorwärts schreibt: Unsere Parteigenossen Roland und Rautmann sind ins Gefängnis gegangen, um ihre Ehrenpflicht als Pressfänger zu erfüllen. Es kommen bei Roland, der befamlich verantwortlicher Redakteur des Vorwärts war, 18 Monate in Verhaft, während Rautmann vom Volksblatt 12 Monate hinter Kerkermauern zubringen muß.

Wintertthur, 6. April. Der vierte schweizerische Arbeitertag war von 426 Delegierten besetzt. Angenommen wurden Beschlüsse über die Asylfrage, die Kranken- und Unfallversicherung und Haftpflicht. Ferner wurden Resolutionen gefaßt auf Schaffung des 10stündigen Arbeitstages in den Eisenbahn- und Transportbetrieben und für die unter dem Fabrikgesetz stehenden Gewerbe. Das Bundesgesetz über die Berufs-genossenschaften soll eventuell durch Initiative erwirkt werden. Als Arbeitersekretär wurde Genosse Greulich wiedergewählt.

Brüssel, 6. April. Der in Charleroi tagende Kongreß belgischer Sozialisten gestaltete sich zu einer großen Demonstration. Eisenator Effartes endete seine mehrstündige Rede mit einem Hoch auf die rote Fahne und auf die soziale Republik. Trotz riesigen Andranges von Arbeitern aus dem ganzen Charleroier Industriegebiete sind Ruhestörungen nicht vorgekommen.

Soziale Rundschau.

Stettin, 7. April. Der Ausstand in der Herrenkonfektionsbranche, der zehn Wochen gedauert hat, hat mit dem Siege der Engros-Konfektion geendet. Die Arbeit wurde heute zu den alten Lohnsätzen wieder aufgenommen.

In Bielefeld ist in der Maschinenfabrik Dürtopp u. Co. der Streik ausgebrochen. 2500 Arbeiter beschlossen gestern, die Arbeit niederlegen zu wollen.

Ein Textilarbeiterkongreß wurde am Sonnabend in Wobda eröffnet. Insgesamt waren 113 Orte vertreten. Zur Verhandlung stand vornehmlich die Streikbewegung in der Textilbranche. Der Vorsitzende Hübsch-Berlin erstattete einen Situationsbericht, aus dem hervorging, daß die Versuche, durch Streiks vorteil-

haftere Arbeitsbedingungen zu erzielen, teilweise von Erfolg begleitet gewesen sind. Ein von streikenden Textilarbeitern in Mülhausen i. E. eingegangenes Telegramm forderte dringend materielle Unterstützung. Das veranlaßte eine eingehende Besprechung des Streiks überhaupt, besonders des Ausstandes in Kottbus und Mülhausen. Von verschiedenen Rednern wurde der Streik in Mülhausen mißbilligt. Eine Geldunterstützung wurde zugesagt. Die Streikenden in Kottbus wurden zum weiteren Aushalten aufgefordert. Damit für die Zukunft die Streikangelegenheiten planmäßig gehandhabt werden, wird beschlossen, eine Streikcentralstelle zu schaffen. Eine Protestresolution gegen die Handhabung der Vereinsgesetze wurde angenommen und ein einheitliches Reichsvereinsgesetz im Interesse der Koalitionsfreiheit gefordert. Ein Antrag auf Einführung der Arbeitslosenversicherung von Seiten der Organisation fand nicht die genügende Unterstützung. Angenommen wurde weiter ein Antrag, welcher die Einführung eines Normalarbeitstages, die Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung auch auf die Hausindustrie (Hausweberei), sowie die gesetzliche Festsetzung eines Minimallohnes für alle Zweige der Weberei und Wirkerei fordert.

B. Mülhausen, 7. April. Ein Verbandstag süddeutscher Mühlenarbeiter tagte vom 5. bis 7. April dahier. Als Vorsitzender wurde Brendel-Frankfurt, als Schriftführer Sieges-Würzburg gewählt. Die Tagesordnung umfaßt 14 Punkte. Die Geschäftsführung des früheren Vorsitzenden Stapf wurde einer scharfen Kritik unterzogen, da unter seiner Leitung 1340 Mk. Defizit entstanden, das der kaum 500 Mitglieder zählende süddeutsche Mühlenverband kaum in der Lage sein wird, zu decken. Eine eingesetzte Kommission, die die Thätigkeit des ehemaligen Vorsitzenden zu prüfen hatte, kam zu dem Resultat, daß Stapf zwar nicht unehrlich gehandelt, daß er aber nicht die Fähigkeit besitze, als Leiter dem Verbands vorzustehen. Die Hauptdebatte drehte sich um die Frage des Weiterbestehens des süddeutschen Mühlenverbandes. Zu namentlicher Abstimmung wurde einstimmig beschlossen, daß sich der süddeutsche Mühlenverband auflösen und sich bis zum 15. Juli dem deutschen Mühlenverbande anschließen soll.

Obdachlosenliste in Paris. Dem Jahresbericht der Pariser Wohlfahrts-Gesellschaft Oeuvre de l'hospitalité de nuit (Obdachlosen-Hilfs-Gesellschaft) pro 1895 zufolge weisen, wie wir der Sozialen Praxis entnehmen, die Einrichtungen in Paris immer neue Fortschritte auf, wie Douchebäder, Verbollkommnungen in der Desinfektion etc. Die Gesellschaft bemüht sich, den Asylgästen nach Möglichkeit auch Arbeit zu verschaffen und mittellose Fremde zu reparieren. Im Jahre 1895 beherbergten die Pariser Asyle der Gesellschaft nicht weniger als 82969 Männer und 3681 Frauen und Kinder. Seit 2. Juni 1878, der Gründung der Gesellschaft, bot sie 1167973 Personen für 3099304 Nächte Obdach. Nicht uninteressant ist die Berufsstatistik der Asylgäste; 1895 frequentierten die Asyle 28914 Tagelöhner, 5875 Bauarbeiter, 10994 Arbeiter in Nahrungsmittelindustrien, 203 Photographen, 213 Lehrer, 20 Studenten.

Der Nationalität nach entfällt das Gros der Obdachlosen in Paris auf Franzosen, Belgier und Schweizer; deutscher Nationalität waren 622 Asylgäste.

Erster Handlungsgehilfen-Kongreß.

(Fortsetzung und Schluß.)

Zur Versicherungs-Gesetzgebung wurde nach dem Referat Wilhelms Berlin eine Resolution angenommen, die verlangt: 1. daß die gesetzliche Kranken- und Unfallversicherung auch auf die Handlungsgehilfen ausgedehnt werde, 2. daß bei der Altersversicherung die Altersgrenze für Rentempfang auf 55 Jahre herabgesetzt und die Renten erhöht werden. Gegen den Gesetzentwurf betr. den unläuteren Wettbewerb wurde eine absprechende, den Standpunkt der Gehilfen vertretende Resolution angenommen. Weiter verlangt der Kongreß Ausdehnung der den Arbeiterschutz bestimmenden Paragraphen der Gewerbeordnung auch auf Handlungsgehilfen.

Nach einem Referat Hinge-Dresden wurde zur Kündigungsfrei folgende Resolution angenommen:

„In Erwägung, daß durch die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse die Sicherheit einer dauernden Stellung zur Unmöglichkeit geworden ist, stellt der am 5. und 6. April 1896 zu Berlin tagende Handlungsgehilfen-Kongreß an den Bundesrat und Reichstag die Forderung, § 61 des Handelsgesetzbuches folgende Fassung zu geben: 1. Das Dienstverhältnis zwischen dem Prinzipal und Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen kann von jedem Teile mit Ablauf eines jeden Kalendervierteljahres nach vorgängiger 6wöchentlicher Kündigung aufgehoben werden. 2. Durch Vertrag kann eine kürzere oder längere Kündigungsfrist bedungen werden, muß jedoch für beide Teile von gleicher Dauer sein und mindestens einen vollen Kalendermonat umfassen. 3. Dieser Vertrag kann jedoch nur am ersten eines jeden Monats zum nächsten ersten gelöst werden. 4. Nach erfolgter Kündigung bis zur Erlangung einer dauernden Stellung ist den Handlungsgehilfen und Lehrlingen die Zeit von täglich zwei Stunden zu gewähren, um sich eine Anstellung verschaffen zu können. Jede Verpflichtung, die über die Zeit des Anstellungsverhältnisses hinausgeht, ist unstatthaft.“

Kußerdem wurden noch eine Reihe anderer Resolutionen angenommen, worunter eine des Genossen Lipinski-Leipzig über die Ausdehnung der Gewerbegerichte und zur Unterstützung bei Stellenlosigkeit.

Zum deutschen Gewerkschaftskongreß, der im Mai in Berlin abgehalten wird, wurde Hinge-Berlin gewählt sowie Lürz-Berlin als Vertreter bestellt. Die Vertretung zu dem in London abzuhaltenden internationalen Gewerkschaftskongreß wurde Genossen Heller-Wien übertragen. Für Deutschland wurden 4 Agitationsbezirke, die ihren Sitz in Grefeld, Fürth, Leipzig und Magdeburg haben sollen, festgesetzt. Nach zweistündiger Beratung wurde am 6. April abends gegen 9 Uhr der Kongreß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen und wurde die Marcellaise stehend gesungen.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen! Seid unausgesetzt thätig für die Werbung neuer Abonnenten!

Hierzu eine Beilage.

Achtung, Zimmerer.

Umstände halber findet die heutige Versammlung nicht im Pantheon, sondern im Römischen Hof, Mittelstraße 11, statt. D. B.

Kellner und Musiker.

Donnerstag den 9. April abends 9 Uhr

Oeffentl. Versammlung

im Römischen Hof, Mittelstraße 11.
Tagesordnung: 1. Wie stellen wir uns zu den der Arbeiterschaft zur Verfügung stehenden Lokalen, und die jetzigen Lohnverhältnisse. Referent: **Claus.**
2. Diskussion hierzu. [8097] **Der Einberufer.**

Achtung, Pianoforte-Arbeiter!

Donnerstag den 9. April abends 7/9 Uhr im Saale des Elyseums
Versammlung d. Pianoforte- u. Klaviaturarbeiter
sowie der Arbeiter auf Musikwerke.
Tagesordnung: Wie stellen sich die Pianoforte- u. Musikwerker zu der Lohnbewegung der Tischler?
Referent: **Redakteur Genosse Lorenz.**

Leipziger Gesellschaft für Ethische Kultur.

Freitag, 10. April, abends 8 1/2 Uhr in der Flora, Windmühlenstr. 14/16
Vortrag des Herrn Dr. A. Tille
aus Dessau über den
Der Krieg in seiner völkergeschichtlichen Bedeutung.
Eintritt frei! Gäste: Damen und Herren sind willkommen. [8106]

Kinderheilstätte Betlehemstift Lausigk.

Eröffnung am 15. April.
Pflegegeld auf 4 Wochen 30 Mark.
Anmeldungen in der Expedition des Vereinshauses, Poststr. 14. [2562]
Meinen werthen Freunden und Bekannten die ergebene Anzeige, daß ich von Herrn Pfund das Restaurant, Gohlis, Blumenstr. 46 käuflich übernommen, und unter der Firma:
Zu den „Drei Linden“
weiter führen werde, und bitte, mich durch reichlichen Besuch gütigst unterstützen zu wollen. Mit ff. Getränken nebst guten Speisen stets aufwartend, zeichnet mit aller Hochachtung
[8113] **Paul Henz.**

Querstr. 24 Restaurant **Hermana Wanderer** Querstr. 24
empfiehlt seinen als vorzüglich anerkannten Mittagstisch inkl. Suppe 50 Pf. ff. Großher Lager, echt bayerisch Exportbier. Schöne rauchfreie Gast- und Frühstücksstuben. Jeden Freitag Schlachtfest, abends frische Gallertschüsseln, sowie Sonnabends Schweinsknochen. [40]

Schlossbräu Friedenfels, Neumarkt?

Täglich großer Mittagstisch, im Abonnement 1/2, Port. 50 Pf., 2 halbe 60 Pf.
Paradies Ausschank Großher, echt Kulmbacher Reichelbräu u. ff. Dölln. Nitterg. Gose.
Kaufisches Gäßchen 12. Gute Kegelb. u. Gesellschaftszimmer noch frei. Flotte Bedienung. [2486] **H. Siefert.**

Schneider-Artikel.

Zur Saison mache ich die Herren Interessenten auf meine **Special-Handlung in Schneider-Artikeln** ganz ergebend aufmerksam. Es ist mein Verzicht, nur gute Qualitäten preiswert zu verkaufen und betrachte ich es ferner als besondere Aufgabe, meine Kollektion immer reichhaltig und mit dem Neuesten auszustatten.
Heinrich Grimm, Leipzig, Neumarkt 29.

Jurgens-Prinzens Holländische Süßrahm-Crème-Margarine

Ist der beste, feinste und schmackhafteste Ersatz für Naturbutter. Kommt im Geruch und Geschmack prima Molkereibutter vollständig gleich und ist bei weitem den sogenannten II. und III. Sorten Butter vorzuziehen, auch zum Backen, Braten und Kochen viel ergiebiger und schmackhafter als letztere. Jede Hausfrau prüfe und behalte das beste, verlange aber ausdrücklich:
Crème-Margarine von Jurgens-Prinzen.
Käuflich in jedem Butter-, Kolonial-, Produkten- u. Materialwaren-Geschäft.

Nur eigene feinste Fabrikate.
Schulranzen, -Taschen u. -Mappen
Hand, Schulter und Rücken tragbar, größte Auswahl und beste Ausführung zu anerkannt billigen Preisen.
Koffer- u. Lederwarenfabrik Karl Blaich, Windmühlenstrasse 32.

Flügelpumpen

sowie alle Arten Pumpen u. Spritzen
Wasserschläuche u. Hähne, Bleirohre
Rasensprenger u. Rasenmäher.
Hecht & Koeppe
Flügel-Pumpe.
Hinter der Börse.

Dr. med. E. Clarus
wohnt jetzt
Plagwitz, Karl Heine-Strasse 30, I.
in Neubau des Spar- u. Vorschußvereins.

Dr. med. Schwarzkopf, in Prag,
für Geschlechts-, Haut- und Frauen-
krankheiten. 9-2 u. 6-8 abends.
Windmühlenstraße 18, I.

Leipzig, Grimaldstraße 3.
Berlin, Breslau, Köln, Hamburg, Dresden, München.

Dr. J. Schanz & Co. Patente

sorgfältig, reell, billigst, schnell.
Energetische Vertr. in Patent-Streitsachen.
Verwertung, An- u. Verkauf v. Erfindung.

Schulbücher Schulranzen -Mappen u. -Taschen etc.

empfehlen zu billigsten Preisen [2812]
L. Siecke
Thomara, 86 Reichenhauer Str. 88.

Nähmaschinen aller Systeme

blüht unter 5jähriger Garantie, auch Teilzahlung; gebraucht schon von 15 Mark an. Erfahrene für alle Maschinen zu Original-Preisen. Reparatur-Werkstatt u. Verkaufstotal Petersstrasse 34, im Hofe, „Drei Adlige“.
H. Schube.



Regulatoren, 1m Ig., Rubb. u. 10. An
Silberne Remontoir-Uhren „ 9 „
Nikel-Remontoir-Uhren „ 5 „
Goldene Remontoir-Uhren „ 16 „
10 Prozent Rabatt
allen Lesern der Leipziger Volks-
zeitung.

M. Kemski

Nürnbergstraße 6.

Möbel, Spiegel u. Polsterwaren
in nur solider Ausführung empfiehlt in reicher Auswahl [1701]
Dietrich, Tischlermeister
L. Lindenau, Werseburger Str. 83.
Detail. **Polster-, Sella- und Bürstenartikel.** En gros.
Alle Sorten Rohhaare, Berg, Afrique, Seegras, Bündfäden und Gurte.
Oskar Müller, Windmühlenstr. 25.

Gräser & Co. Südstr. 2.
Bettfedern und Damm.
Große Auswahl in Inletstoffen.
Lager fert. Betten zu auß. niedrigen Preisen.

Leipziger Vermählungs-Kränzchen.
Fahrräder mit Aluminium-Emblemen.
Braune & Braun, Leipzig
Vergolden, versilbern, verkupfern, vermessingnen.

Neue Betten

vellich gefüllt, 4 Gebett, Deckbett, Unterbett und Kissen Mt. 12.50, rotes Gebett. Mt. 14.—, Mt. 17.25, 28, mit Dämmen- u. Halb-dämmenfüllung Mt. 35, 38, 48 u. 50.
Bettfedern
dopp. gerein., 4 Pfund 55, 80, 100, 150, 200, 250, 300, 350 bis 400 Pf. Billiges Special-Betten-Geschäft Versand u. auswärts unt. Postnachn.
Windmühlenstraße 22, I.

Saunen, Stiefel, Staub- u. bla. neu u. Rep. r. Kleinzschocher, Albrechtstr. 6, pt. P. Berger.

Skandinavischer Cirkus

Krystall-Palast, Albert-Halle.
Direktion: **Albert Schumann.**
Seute Mittwoch, 8. April, abends
Vierte grosse brillante Vorstellung
mit sorgfältig gewählten täglich wechselnden Programmen.
In jeder Vorstellung
Auftreten des weltberühmten Schwänzdüblers
seinen ausgewachsenen männlichen
12 Pracht-Löwen. 12
Tr. Seeth mit

Vorführung der berühmten Original-Dressuren. Der Dir. **Alb. Schumann.**
Preise der Plätze: Fremdenlogis 4 Mt., Logen 3.50 Mt., Sperrsitze u. Tribüne 2.50 Mt., I. Platz 1.50 Mt., II. Platz 1 Mt., Galerie 60 Pf.; Militär zahl: I. Platz 1 Mt., II. Platz 60 Pf., Galerie 30 Pf. Der Billet-Vorverkauf befindet sich im Elgaren-Geschäft von **Platan**, Weichstraße 6. Die Tageskasse im Cirkus, Portal links, ist von 10 Uhr vormittags an geöffnet. Alles Nähere die Tages-Affichen.

Für Gartenbesitzer!
Die Samenhandlung von
Schneider & Fritzsche, Leipzig, Windmühlenstr. 2
gegenüber der Markthalle, bringt ihre vorzüglichsten Samen, Gras- u. Blumen-samen sowie ihre großen Sortimente feiner Gladiolen, japanischer Lilien, reichblühender Camma, schönster Georginen, Begonien u. aller anderen schönblühenden Zwiebel- u. Knollengewächse in empfehlende Erinnerung

Kleine Markthalle, Kurprinzstrasse Nr. 20
empfiehlt seinen vorzüglichsten Mittagstisch à 40 Pf., Stamm zu jeder Tageszeit. Täglich Unterhaltungsmusik. Hochachtungsvoll **Alb. Kirschky.**
Wegen Geschäfts-Auflösung be-
gibt mit dem heutigen Tage der
Total-Ausverkauf
meines fertigen Herren- und Knaben-Garderobe-Lagers.
Amerikanische Verkaufshalle
Tauchaer Str. 9. N. Jacob.

A. Mahnke, Uhrmacher
L. Neuschönefeld, Kirchstraße 57
empfiehlt Uhren und Goldwaren zu
solchen Preisen. Reparaturen prompt
und billigst. [2075]

Rohfleisch, stets frisch, à Pfd.
Schafteb, 28 Pf., verkauft [2843]
L. Rische, Reuditz, Feldstr. 84.

Frühjahrs-Aussaat.
Zu empfehlen den geehrten Gartenbesitzern
meine vorzüglichsten, garantiert reinen
Samen aller Arten von
Gemüse-, Gras- und Blumensamen
in echten Sorten und neuester Ernte
August Trebat, Samenhandlung
Markthalle 24-25,
früher Verkäufer der Firma Bergmann
u. Darrh. [2835]

Gr. Auswahl prämi. Harzer Kanarienvögel,
Dachauer, Mist, Nester, Charpie, Eierbrot,
hoch. Somm.-Milch, 5 Pfd. 1.4. Str. 19. A.
Knechtener, Meßw., ital. Goldfische à 10 Pf.
empf. **M. Kraft, Vogel- u. Fischhdlg., Poststr. 18.**

Tafelbutter ff.
täglich stets frisch und süß, versende
8 Pfund netto für 7 Mark 80 Pf. in
Postbüchchen franco **D. Tiedemann,**
Gehefung II, Ditt. [8101]
Gr. Ausw. feinst. Böttchergläser, Speck-
Kleingläser, Hausflur, 18, a. b. Zerasse.
Guterhalt. Pneum.-Rover, 115 Mark
Jablonskystr. 1, p. r. Nähe Hofplatz.
Rover vor Plagwitz, Wehlfelderstr. 6, III.
ff. Zwirnab, g. neu, vert. bill. od.
vert. gep. gebraucht. Sternwartenstr. 83, III.
Billards, neu u. geb., jed. Größe, billig,
Wälte, Tücher, Gneisenaustr. 12.
I Schlag-Bücher, neu, vert. für 15 Mt.
Reuditz, Josephinenstr. 37, II. M.
Grube-Ofen billig zu verkaufen.
Gohsestraße 7, Hof. I. I.
I Rover zu vert. Lindenau, Georgstr. 4, p.
I wenig geb. Kinderbettstelle zu vert.
Reichstraße 34, III. I.

Schön., rund, Kinderwagen i. g. Zust. bill.
zu vert. Volk., Ludwigstr. 76, III. I.
I noch brauchb. kupf. Kessel und gute
Speisefartoffeln zu vert. Händchen 89.
Guterh. Sofa billig zu vert.
Lindenau, Wettinerstr. 79, I. I.
Neue Sänke sind abgehoben Stübchen,
Augustenstr. 163 D, IV., bei E. Krüger.
Freundl. Stube als Schlafst. zu verm.
Salz, Lindenau, Wettinerstr. 59, III.
Freundliche leere Stube zu vermieten.
Plagwitz, Wehlfelder-Strasse 47, IV.
Freundl. große Schlafstube für Herrn.
Mühlmannstr. 10, II. r. Vorderh. [8105]

Dank.
Für die zahlreichen Beweise herzlicher
Teilnahme, insbesondere für den reichen
Blumenbescheid bei dem Tode und Be-
gräbnis unserer lieben Gattin und Mutter
sagen wir hierdurch unseren tiefgefühlten
Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen
E. Ackermann nebst Kindern.

Aufrichtiger Dank.
Für die außerordentlich zahlreichen Be-
weise herzlicher Teilnahme bei dem Be-
gräbnis unserer so plötzlich durch Unglück-
fall aus dem Leben gerissenen innigst-
geliebten Tochter
Ida Klara Amonett
geboren am 2. Oktober 1885
namentlich den Herren Lehrern und der
Schuljugend für den erhabenden Grab-
besuch, ferner für die prächtigen Blumen-
spenden der Nachbarn und sonstigen her-
lichen Zeichen aufrichtiger Freundschaft
sagen hiermit ihren tiefgefühlten Dank
Plagwitz, Salzstr. 11, 7. April 1896.
Die unglücklichen Eltern
August Amonett nebst Frau.

Todes-Anzeige.
Dienstag nachm. starb an Diphtheritis
unsere geliebte
Martha
im Alter von 2 Jahren 7 Monaten.
Um stille Teilnahme bitten
L. Lindenau.
Gustav Taubert nebst Frau geb. Wippmann.
Heute mittag verschied sanft und ruhig
nach kurzem, aber schmerzvollem Kranken-
lager meine liebe, treue Gattin
Emilie Beyer geb. Jügen.
Leipzig, Wolkestraße 14
den 7. April 1896.
Otto Beyer nebst Angehörigen.
Die Beerdigung erfolgt Freitag vor-
mittag 9 1/2 Uhr von der Halle des Sild-
riedhofes aus. [8116]

Todesanzeige.
Hierdurch die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau
Louise geb. Loesch
am Montag nachmittag 3 1/2 Uhr nach langem schweren Leiden sanft
entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Freitag nachmittag 3 Uhr vom Trauer-
hause, Poststraße 9, aus statt.
Der tiefbetrübte Gatte **Johannes Hottenrott.** [8115]

Die Landesversammlung der Sozialdemokratie Sachsens.

Dresden, 7. April.

Ein herrlicher Frühlingstag — Hohenzollernweiler würden es die Byzantiner der Presse nennen — lachte den Delegierten der sächsischen Sozialdemokraten in der Residenz der Wettiner. Der Himmel machte ein freundlicheres Gesicht als Herr von Meißel, als er die gestählten Umstürzler zur Kammer hinauskomplimentierte. Man merkte gar nicht, daß man nur noch geduldet war. Eine fröhliche Stimmung herrschte bei den Versammelten. Seitere Gesichter, wohin man auch blickte. Das waren keine Verlegten, die sich da am schönen Oststrome versammelten, das waren lachende Erben, die zur Testamentseröffnung gekommen waren.

Und doch — wenn man näher zusah, merkte man eine feierhafte Unruhe unter der versammelten Menge. Veredelte Blicke flogen hinüber und herüber, vielsagende Händedrucke wurden gewechselt, Scherz Worte kamen von süßlachenden Lippen, die vor tiefinnerer Erregung zitterten. Wußte doch ein jeder, daß harte Kämpfe im Innern der Partei heute und morgen mühten ausgefochten werden. Gall es doch, Stellung zu nehmen zu der wichtigsten Frage, die die Sozialdemokratie Sachsens seit dem ersten Tage ihres Bestehens bis auf den heutigen Tag beschäftigt. Gall es doch zu zeigen, ob die Sozialdemokratie Sachsens in energischer Weise den Schlag, den die herrschenden Klassen durch die Wahlrechtsveränderung gegen die Sozialdemokratie zu führen gedachten, mit einem noch wichtigeren Gegenstande zu parieren verfehlen werde. Kampfstimme im Innern — das las man auf allen Gesichtern.

Die Dresdener Genossen hatten das Versammlungsort, den schönen Saal der Gildenen Aue, mit Kränzen, Blumen, Wäandern und buntenfarbigen Inschriften prächtig ausgeschmückt. Neben den bekannten Wahlprüchlein, die an allen Parteitagen die Wände zieren, wie Karl Marx' Schlachtruf: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! und Lassalles Lapidarwort: Die Arbeiter sind der Welt, auf dem die Kirche der Zukunft gebaut wird, las man eine ganze Reihe von Kernsprüchlein, die der großen Tagesfrage galle, die aller Herzen bewegte. Fort mit dem Klassenwahlgesetz! stand auf der einen Front des Saales, und auf diesem Streifen antwortete es von der gegenüberliegenden Wand: Hoch das gleiche und direkte Wahlrecht! Und dieselbe Kampfstimme atmeten die übrigen Inschriften: Feuer in die Herzen! Durch Kampf zum Sieg! Durch Nacht zum Licht! Nicht betteln und nicht bitten, nur mühtig gestritten! Geht auch Gewalt oft über Recht, siegt endlich doch ein frei Geschlecht, u. a. mehr.

Zahlreicher als je hatten sich die Delegierten eingefunden. Sämtliche 23 sächsischen Wahlkreise waren vertreten, und zwar 17 durch 4, 2 durch 3 und 4 durch 2 Delegierte, so daß im ganzen nicht weniger als 82 Delegierte anwesend waren. Offenbar hatten die Gegner der Mandatsniederlegung alles aufgeboten, um ihren Willen durchzudrücken. Die sächlichen Wahlkreise, die bisher noch niemals weder bei Reichstagswahlen noch bei Landtagswahlen einen Erfolg zu verzeichnen hatten, sollten die großen städtischen Industriezentren niederstimmen helfen. Von den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten waren 12 zugegen; nur die beiden Stolte und Grünberg fehlten. Das Centralkomitee war durch die Genossen Heilwed und Fischer vertreten. Der Parteivorstand in Berlin hatte den Genossen Gerich entsandt.

Kleine Chronik.

Leipzig, 8. April.

Altes Theater. Der arme Pächter Rocco ist ein Pechvogel, ein Peter Schlemihl, wie er im Buche steht. Sein reichgewordener Bruder sühlt endlich Mittel mit ihm und schickt ihm die Gänsewäiterin Bettina in den Dienst. Mit Bettina hat es eine gar sonderbare Bewandnis; der Aberglaube raunt sich in die Ohren, sie sei eine Mascotte, d. h. ein Glückselig; wer sich Bettinas Dienste sichert, dem steigt das Glück schiefelweise zu. Die Mascotte darf freilich nicht heiraten, denn sonst verliert sie ihre glückbringende Eigenschaft. Fürst Lorenzo von Biombino, ein Unglücksapfel auf dem Throne, kauft dem Pächter Rocco Bettina ab und scheidet die zur Gräfin erhobene Gänsewäiterin an seinen Hof. Bettinas Geliebter, der Schaffner Hippo, bringt als Saltarello verkleidet in das Schloß des Fürsten und entführt die Mascotte. Die vielversprochene Gänsewäiterin muß dann noch zu einem abenteuerreichen dritten Akt herhalten, bis sie endlich als Hippos solide Ehegattin ihr glückbringendes Wetter an den Nagel hängen darf.

Wehr will ich aus der Operette: Der Glückselig, die uns die Osterfeier gebracht, nicht verraten. Der Zeit (von Durn und Schivoon) vereinigt in sich die Vorzüge und unvermeidlichen Schwächen eines echten und rechten Operettenlibretto. Die beiden französischen „Dichter“ haben die ansprechende Idee des Ganzen wirkungsvoll verwertet und ohne erdrückendes Beiwerk klar durchgeführt; dagegen mag ihnen in der Zeichnung der oft recht farblosen Charaktere gar häufig die Verlegenheit die Feder geführt haben. Was für eine traurige Figur, dieser Prinz Fritellini, an dessen Wiege schwerlich die Grazien, wohl aber vielleicht Neplers Damian gelanden haben mag; im Gegensatz zu jenen adeligen Dummkopf der Neplerschen Oper (Zompeter von Säckingen) entpuppt sich Fritellini im 3. Akt als gewaltiger Held und imponiert plötzlich der sonst nur für Knäbels und Bauernburchen schwärmenden Prinzessin Flametta dermaßen, daß sie aus Mitleid mit dem um ihren Schluß verlegenen Leutbichlern den Prinzen heiratet.

Das musikalische Gewand, in das der Komponist Lubran seinen Glückselig kleidete, legt sich aus leichtem, gefälligen Filz zusammen. Anspruch auf Popularität wird indessen keine der zahlreichen, fließend geschriebenen und hübsch instrumentierten Nummern jemals erheben können.

Um die Ausführung machten sich vor allen Fr. Braba und Herr Franck verdient. Letzterer entfaltete als Schaffner Hippo, als geschmeidiger Saltarello und in den drohenden Liebeszenen mit der Prinzessin die Fülle seiner nie versagenden Komik, hingegen Fr. Braba (Gänsewäiterin Bettina) besonders dem ersten Akt eine fast zu sorgfältige Ausarbeitung derb realistischer Einzelheiten angedeihen ließ.

Neben diesen beiden Paraderollen mußten trotz guter Besetzung die Partien des Lorenzo (Herr Searle), Fritellini (Herr Bauerger) und der Flametta (Fr. Wildner) ziemlich verfallen.

Das Orchester unterstand der kundigen Leitung des Herrn Kapellmeister Meyer.

B. St.

Ferdinand Gumbert, der bekannte Komponist sentimentaler Lieder, ist am Montag in Berlin gestorben.

Rings um die Tischreihen aber, die von den Delegierten besetzt waren, drängte sich die große Schar der Zuschauer, darunter eine stattliche Anzahl von Damen. Und das leise Surren und Murren verriet nur zu deutlich, wie gespannt ein jeder den kommenden Verhandlungen entgegen sah.

Welche Wichtigkeit aber auch außerhalb der Partei dieser Landeskonferenz beigelegt wurde, zeigte die große Zahl der Berichterstatter, die sich um die Journalistensitze drängte. Nur an den deutschen Parteitagen war die Presse sonst so stark vertreten. Ja, nicht weniger als 6 amtliche Stenographen waren beordert worden, die Verhandlungen zu stizzieren.

Der Vormittag nahm einen überaus ruhigen Verlauf. Mit feierhafter Eile wurden die ersten zwei Punkte, der Bericht des Centralkomitees und der Bericht über die Tätigkeit des Landtages, erledigt. Alles eilte, zur Hauptsache zu kommen. Niemand begehrte, sich vorher in nebensächliche Debatten einzulassen. Nur wenn die Frage der Mandatsniederlegung gestreift wurde, weiterleuchtete es hier und da, ein Vorspiel des großen Kampfs, das am Nachmittag beginnen sollte. Und der Nachmittag kam und Genosse Meyer ergriff das Wort, um für Beteiligung an den Wahlen und Beibehaltung der Mandate zu plädieren. Offenbar hatte er von vornherein die Mehrheit der Wähler für sich, der laute Beifall, der seiner Rede folgte ließ das deutlich erkennen. Um so gespannter war man auf das Auftreten des Genossen Schoenlant, der als Korreferent nach ihm zu sprechen hatte. Lautlose Stille herrschte im Saal, als er die Rednertribüne betrat, gespannt hing alles an seinen Lippen, als er ruhig, sachlich, aber mit Energie und Nachdruck die Notwendigkeit der Mandatsniederlegung darlegte und Punkt für Punkt die Gründe der Gegner in den eigenen Reihen zerpfückte und die politische Tragweite der Sache nach allen Seiten hin beleuchtete. Und siehe da! Als er endete, antwortete ihm ebenfalls stürmischer Beifall. Es schien wirklich, als habe sich mancher, der mit ungerechten Vorurteilen gekommen war, durch die scharfsinnige Darstellung der Frage eines Besseren belehren lassen. Ob der Erfolg durchschlagend sein wird? Wir wagen es kaum zu hoffen. Aber jedenfalls kann die Debatte, die morgen zum Austrag kommen wird, sehr interessant werden.

Vormittags Sitzung vom 7. April.

Genosse Hak eröffnet die Landesversammlung im Saal der Gild'nen Aue und heißt die Delegierten herzlich willkommen: Seit Jahren hat keine Landesversammlung stattgefunden, auf die unsere Genossen wie unsere Gegner mit solcher Spannung schauen. Die Gegner hoffen auf Zwietracht in der Partei. Diese Hoffnung wird zu schanden werden. Wenn die Geister heilig aufeinanderplayen, so beweist das nur, daß die Partei, die ihre Angelegenheiten so rücksichtslos vor der Öffentlichkeit bespricht, vom Kern bis zur Schale gesund ist. Durch die konsequente Durchführung der hier gefassten Beschlüsse werden wir den Gegnern das, was sie uns angethan, zehnmal vergelten. Und wir werden einig marschieren und sagen mit dem Dichter:

Glaubt ihr, es wird der Frühling enden
Mit seinem frühen Gang und Schall,
Weil ihr mit pöbelhaften Händen
Erschlagen eine Nachtigall?

Auf zu neuen Kämpfen!

Es folgt die Wahl des Bureau's. Vorsitzende werden Raben-Dresden und Grenz-Leipzig; Schriftführer Köhl-Leipzig und Rosenow-Chemnitz.

Raben dankt im Namen der Gewählten und wünscht, daß, was hier beschlossen werde, zum Wohle der Partei ausfalle. Bei der Beratung der Geschäftsordnung macht Neu-Reichenbach zu Punkt 3 (Wahlrechtsänderung und Stellung der Partei zu derselben), über den Gen. Meyer das Referat hat, den Vorschlag, einen Korreferenten zu ernennen. Auf Vorschlag des Genossen Menge-Leipzig wird Schoenlant dazu gewählt.

Kleemann-Leipzig will § 5 der Geschäftsordnung bis auf den Schluß streichen, zieht aber seinen Antrag zurück, um ihn in anderer Form bei Punkt 8 vorzubringen.

Statt Punkt 8 beantragt Lehmann, daß Mitglieder des Landtags, wenn sie kein Mandat haben, in allen parlamentarischen Fragen, die sie betreffen, keine Stimme haben sollen, zieht aber seinen Antrag zurück, nachdem Frähdorf-Dresden im Namen der Fraktion erklärt hat, daß sie in diesen Fragen sowieso auf die Stimme verzichten.

Ein Antrag des Genossen Fischer-Dresden, der für die Mitglieder des Centralwahlkomitees ebenfalls Sitz und Stimme verlangt, wird angenommen.

Die Dauer der Verhandlungen wird auf 9 bis 1 Uhr und 3 bis 7 Uhr festgesetzt.

In die Mandatsprüfungskommission werden die Genossen Lehmann-Leipzig, Lorenz-Chemnitz, Schmidt-Zwickau, Gottschalk-Zwickau und Berger-Meerane.

Den Bericht des Centralkomitees erstattet E. Fischer-Dresden. Infolge der großen Erfolge, die die Sozialdemokratie im letzten Jahre in Sachsen erzielte, ist auch der Bericht des Centralkomitees sehr erfreulich. Der Bericht giebt mehr ein Bild von der großen Gesamtbewegung, als ein Bild von der Bewegung in den einzelnen Wahlkreisen und Orten. Die Haupttätigkeit des Centralkomitees erstreckte sich in erster Linie auf die Organisation der Protestbewegung gegen das Wahlrechtsentwurf. Dazu hat das Centralkomitee in systematischer Weise 1 700 000 Flugblätter verbreiten lassen und für die Petition an den Landtag ca. 160 000 Unterschriften gesammelt. Wenn auch diese Zahl nicht sehr groß ist, weil sehr viele aus prinzipiellen Gründen sich an Petitionen nicht beteiligten, so war das Sammeln der Unterschriften, besonders auf dem Lande, doch eine Agitation im großen Stille, die ermöglichte, von Mund zu Mund zu den Arbeitern zu reden und die Sozialdemokratie kann mit ihren Erfolgen sehr wohl zufrieden sein.

Eine weitere Tätigkeit entfaltete das Centralkomitee bei der Organisation der Wahlen. Die Tätigkeit des Centralkomitees erstreckte sich naturgemäß hauptsächlich hier nur auf diejenigen Bezirke, die von Agitationskomitees der Städte Dresden, Leipzig, Zwickau, Chemnitz zc. nicht wird verfolgt wird. Die Tätigkeit des Centralkomitees kann danach beurteilt werden, daß 608 Briefe an dasselbe eingingen und 684 Briefe und Pakete ausgingen, daß es 422 Referenten besorgte und 160 Protestversammlungen organisierte. Die Einnahmen und Ausgaben umfassen natürlich nicht die einzelnen Agitationskomitees (von denen beispielsweise Dresden allein ca. 3000 Mk. an Einnahmen und Ausgaben gebraucht hatte). Während im vorigen Jahre die Ausgaben nur 242 Mk. betragen, sind in dem eben abgelaufenen Berichtsjahre 2595 Mk. ausgegeben worden, denen 2852 Mk. Einnahmen gegenüber stehen. In berücksichtigen ist allerdings, daß wir noch ca. 4000 Mk. Verpflichtungen zu decken haben. Bezüglich des Antrages Leipzigs, die Landeskonferenz binnen 14 Tagen einzuberufen, konnte das Centralkomitee keinen zustimmenden Beschluß fassen, einmal, weil es sich dafür nicht für kompetent hielt und dann, weil es eine solche Einberufung als über Kopf nicht für opportun hielt.

Die Bedeutung des Centralkomitees vergrößert sich von Jahr zu Jahr; wir sprechen die Hoffnung aus, daß die Bewegung immer mehr in das Große gehen möge, daß alle kleinen Nebereien und

Bänkereien die gewaltige Bewegung der Sozialdemokratie nicht aufhalten und zerpfücken mögen.

Menge-Leipzig: Verschiedene Kreise haben sich an der finanziellen Unterstützung des Centralkomitees nicht beteiligt, zum Teil deshalb nicht, weil gerade große industrielle Kreise in ihrem eigenen Bezirke eine spezielle Agitationstätigkeit entfaltet; das hätte doch betont werden müssen. — Wichtiger erscheint mir dagegen, daß das Centralkomitee auf den Antrag Leipzigs, die Landeskonferenz so schnell als möglich einzuberufen, nicht eingegangen ist, obwohl die drei in Leipzig anwesend gewesenen Landtagsabgeordneten sich mit dem Antrage einverstanden erklärt hatten. Dadurch aber, daß der Antrag von dem Centralkomitee an die Landtagsfraktion überwiesen wurde, und daß diese die Einberufung der Landeskonferenz auf die lange Bank hinausgeschoben habe, ist unsere Protestbewegung zu einem Schlag in das Wasser geworden. Während die bürgerlichen Parteien vorher unsere Protestbewegung gefördert hatten, ist jetzt das Gegenteil eingetreten. Hätte das Centralkomitee seine Pflicht voll und ganz erfüllt, so würden wir die Verschleppungstaktik der Landtagsfraktion jetzt nicht so bitter zu beklagen haben.

Wallisch-Dresden: Das Centralkomitee ist nicht in der Lage gewesen in so kurzer Zeit eine Landeskonferenz einzuberufen, in der so wichtige Beschlüsse wie die Mandatsniederlegung beschlossen werden sollte, weil in dieser Zeit eine Verständigung mit den Genossen im Lande nicht möglich war. Obwohl ich selbst der Mandatsniederlegung prinzipiell zustimme, muß ich in der Frage der Einberufung der Landeskonferenz dem Centralkomitee recht geben. Jetzt kann die Frage mit Ruhe und Sachlichkeit behandelt werden.

Lange-Leipzig: Es war ein Armutszeugnis, daß das Centralkomitee der Sozialdemokratie Sachsens ausstellte, wenn es meint, daß in 14 Tagen eine Verständigung über die Mandatsniederlegung nicht in ganz Sachsen hätte herbeigeführt werden können. Die Schuld liegt allerdings hauptsächlich daran, daß die vorjährige Landesversammlung in Döbeln dem Centralkomitee die früheren Kompetenzen entzogen und der Landtagsfraktion zugewiesen hat.

Geyer-Leipzig: Es ist unrichtig, daß die Landesversammlung im letzten Jahre der Fraktion neue Kompetenzen übertragen hat. Die Einberufung der Landesversammlung ist stets der Fraktion überlassen worden. Aber außerdem hätte die Fraktion sich gar nicht widerlegt, wenn das Centralkomitee die Berufung vollaufen hätte.

Das Schlusswort erhält

Fischer-Dresden: Ich habe die Frage der Einberufung der Landeskonferenz nur deshalb so kurz gestreift, weil ich meinte, daß auch die Leipziger allmählich zu der Erkenntnis von der Ueberreiztheit ihres Beschlusses gekommen seien. — In gewissen Sinne haben wir sehr wohl das Recht, eine Landeskonferenz einzuberufen, besonders wenn sich eine große Zahl von Kreisen dafür erklärt und wenn die Landtagsfraktion sich dessen weigert. Aber über die Frage, die ganz Sachsen angeht, kann nicht der Wunsch und Wille von den beiden Leipziger Wahlkreisen maßgebend sein. Wer da sagt, daß es ein Armutszeugnis sei, wenn binnen 14 Tagen keine Landesversammlung einzuberufen werden kann, der kennt einfach die sächsischen Verhältnisse nicht. In den meisten Bezirken auf dem Lande können Versammlungen nur am Sonntage stattfinden, so daß eine Besprechung in Versammlungen, eine Diskussion in der Presse nicht möglich gewesen wäre. Wir haben nur das gethan, was dem Willen der Gesamtpartei entspricht, und wir hätten einen Frevel begangen, wenn wir anders gehandelt hätten. (Wraus.)

Die Versammlung erklärt sich mit großer Majorität mit dem Bericht des Centralkomitees einverstanden.

Zu Punkt 2: Tätigkeit des Landtages, nimmt

Abg. G. Goldstein-Zwickau das Wort: Ich will mich kurz fassen und, da wichtigere Fragen zur Debatte stehen, nur einen nüchternen Ueberblick geben. Wie stand der Sozialdemokratie eine so geschlossene reaktionäre Gegnerschaft im Parlament gegenüber, wie das vergangene Jahr: Die 48 Konserwativen unter der Führung des „Staatsmannes“ Mehnert und die 17 Nationalliberalen unter Führung Georgis und Schills veranstalteten ein Wettlaufen an Loyalität und Unterwürfigkeit gegenüber der Regierung. Und die 6 Mann Fortschrittler schlossen sich ihnen an, und der alte Demokrat Streit benahm sich so, als wäre er ein geborener Konservativ. Die Leistungen dieses so zusammengesetzten Landtages sind im großen Ganzen folgende: ein neues Ständehaus für 6 Millionen Mark, das Gesetz über die ärztlichen Bezirksvereine, das einen schweren Eingriff in die Berufsfreiheit bedeutet, höchste Sparmaß bei Staatsbauten, eine 75 Millionen Anleihe für den außerordentlichen Etat und die Bewilligung der notwendigsten Eisenbahnen, Amtsgerichtsgebäude zc. Endlich aber die Glanzleistung dieses Landtages: die Einführung des Dreiklassenwahlsystems. Man hat den Sozialdemokraten vorgeworfen, sie hielten nur Reden zum Fenster hinaus, sie trieben keine positive Politik, es fehle ihnen bei Beurteilung politischer Fragen die nötige Objektivität. Das Gegenteil ist der Fall: die Sozialdemokraten zeigten ihre Objektivität, als Männer wie Reichammer in unerhörtester Weise sie anempfehlten. Aber auch positiv war die sozialdemokratische Fraktion tätig: ich erinnere nur an die Frage der Besteuerung des Dienstpersonals der Beamten, an die umfangreiche Debatte über die Tätigkeit der Fabrikinspektoren, bei welcher Gelegenheit selbst nach dem Urteil der Gegner die sachliche Art der Behandlung durch unsere Redner sehr wohlthuend von dem gereizten Ton der Reaktionäre abstach. Man reizte die Gegner nicht, man lehrte den Parteistandpunkt nicht unnötig schroff hervor, um etwas Positives zu erreichen. Ebenso handelten wir beim Eisenbahnetat, verlangten z. B. Vermeidung und Bänke für die IV. Klasse und den Bau neuer Bahnstrecken. Wenn bei der Beratung des Budgets unsere Haltung ablehnend war, so tragen die Gegner die Schuld. Der sächsische Landtag hat aber auch über die Ausführung der Gesetze zu machen, und so mußten wir gegen das Gesetz über die ärztlichen Bezirksvereine und gegen die Schmälerung der Vereinsfreiheit Stellung nehmen. Der Minister v. Meißel hat ausdrücklich erklärt, daß er den Sozialdemokraten gegenüber die Gesetze anders handhabe, als gegenüber den anderen Parteien, und zwar solange die Sozialdemokratie die Agitation in Versammlungen und Vereinen hineintrage. Hier waren es die Sozialdemokraten, die für Aufrechterhaltung der Verfassung eintraten. Denn, meine Herren, verstehen sie die Tragweite solcher Grundzüge: Wer sich über die Verfassung stellt, stellt sich außerhalb der Verfassung. Ganz ebenso positiv waren wir, als wir für die Öffentlichkeit der Gemeinderatsitzungen eintraten. Als Mehnert einen Personalfreid von zwei Millionen für die Landwirtschaft verlangte, waren wir dagegen, weil Konservative und Regierung für die Massen der Arbeiter nie etwas Ähnliches bewilligen würden, wie hier, wo es sich um verachtete Mittelstandsexistenzen handelt. Unsere Tätigkeit beim Kampf gegen das Dreiklassenwahlsystem ist den Genossen bekannt. Ebenso unsere Opposition gegen die Besteuerung der Konsumvereine, dieses Gegenstück zum Antrag Mehnert, das die Konsumvereine lebensunfähig machen soll. Endlich muß ich noch die kritische Tätigkeit der Fraktion betonen, so beim Kulturbet, wo wir die Unentgeltlichkeit der Schule verlangten, so beim Kapitel Leipziger Zeitung, wo wir nicht nur die Bewilligung von 58000 Mark Zuschuß für das Dresdener Journal bekämpften, sondern geradezu die Befreiung der Regierungspresse verlangten. Denn eine Zeitung aus Staatsmitteln zu erhalten, die einen Teil der Steuerzahler beschimpft und die Landesverweisung der sozialdemokratischen Agitatoren beschwor, ist geradezu unerhört. Man hat oft den offiziellen Charakter der Leipziger Zeitung geelugnet; aber notorisch ist es doch, daß Offizielle und Offiziele ihre Eier hineinlegen. — Hervorzuheben ist noch unsere Tätigkeit im Lande

tage, als es galt, die Beschränkung des Vereinsrechts zu bekämpfen. Ich meine insbesondere die Behandlung der freien Sängere durch die Regierung, die bekanntlich, weil man bei einer Hausdurchsuchung einige Nummern des Bahrens Jakob bei einigen Mitgliedern fand, als politischer Verein erklärt wurden. Ueberhaupt haben wir jede Gelegenheit benützt, sowohl das Interesse der Arbeiter, als auch das allgemeine Landesinteresse zu vertreten. Als Sozialdemokraten haben wir stets für Bewilligung der Kulturmittel (Schulbauten, Eisenbahnen etc.) gestimmt. Wenn wir wenig Positives erreichten, so sind die Gegner schuld. Aber das wir positiv arbeiteten, beweist die Debatte über die Fabrikinspektoren, wo wir wenigstens die Trennung von Kesselfreiwahl und Gewerbeinspektion und die Anstellung weiblicher Assistenten der Fabrikinspektoren erreichten. Das ist aber schon etwas. Denn es ist eine alte Erfahrung, daß, was heute die Sozialdemokratie beantragt, in wenigen Jahren von den anderen Parteien als selbstverständlich verlangt wird. Wie sagte doch der Abg. Drechner in einer Versammlung in den Drei Raben? Jedem Vaterlandsfreund wird es verleidet, volksfreundliche Anträge zu stellen, weil jeder solcher Antrag Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie ist. Das ist nichts als politische Heuchelei. Denn man würde sich bitter täuschen, wenn man wänscht, daß die Kammer nach Ausschluß der Sozialdemokraten uns etwa mit Befestigung des Schulgeldes oder Steuererlass für die Unbemittelten überraschen würden. — Was zeigt uns dieses kurz skizzierte Bild der parlamentarischen Lage? Eine verhärtete Stellung der Parteien. Die Sozialdemokratie im Landtage ist mehr als je isoliert, ohne jeden Verührungspunkt mit den Besatzern der Gegner; die parlamentarischen Kämpfe sind gereizter geworden. Das Parlament ist hierin der getreue Spiegel der Verhältnisse im ganzen Lande. Das selbe Gefühl der Erbitterung, das die sozialdemokratischen Vertreter gegen die Majorität des Landtages erfüllt, erfüllt auch die Arbeiter gegen ihre Ausbeuter (Polizeikommissar Gohltsch verbietet mit lauter Stimme die Besetzung des Landtages und bittet den Redner, sich danach zu richten). Ich erinnere nur, wie sehr wir, denen man immer Mangel an Objektivität vorwirft, uns über die Geschäftsführung des Präsidenten Ackermann zu beklagen hatten. Aber ebenso sicher ist eins. In einem industriellen Lande wie Sachsen müssen die sozialpolitischen Fragen mehr und mehr in den Vordergrund treten, und auch der sächsische Landtag wird sich daran gewöhnen müssen, sozialpolitische Fragen ernst zu behandeln. Bis jetzt freilich sah es hierin schüchtern aus. Die Rechte lachte, wenn einer der unseren von der Notlage im Gebirge sprach. Man glaubte auf konservativer und nationalliberaler Seite einfach nicht an diese Not. Ja, man behauptete sogar, es gehe den Arbeitern ganz gut, in den Fabriken sei es wunderschön. Es geht hier wie beim Turmbau zu Babel. Der eine versteht die Sprache des andern nicht. Nur die sozialdemokratische Fraktion hat sich den großen Aufgaben der Zeit gewachsen gezeigt. Die Regierung und die Ordnungsparteien sind weder gewillt noch fähig, die Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen. Die Arbeiterklasse begreift allein die moderne Entwicklung. Sie allein ist fortschrittlich und revolutionär. Die Regierung und die herrschenden Klassen haben durch das neue Wahlsystem den Arbeitern die Beteiligung an der Gesetzgebung unmöglich gemacht. Wir aber wollen das allgemeine direkte Wahlrecht als Schlüssel zum politischen Einfluß. Die Sozialdemokratie hat daher alle Kraft zum Kampf für dieses Ziel aufzuwenden. Unsere Lösung ist daher unermüdbarer Kampf gegen das System, gegen das neue Wahlsystem und für das allgemeine, direkte Wahlrecht. (Großer Beifall.)

Nachmittags-Sitzung. Anfang 3 Uhr.

Nach Verelesung verschiedener Telegramme und nach Beschlußfassung, dem österreichischen Parteilager in Prag ein Begrüßungs-telegramm zu senden, erstattet die Mandatsprüfungskommission Bericht. Es sind sämtliche 23 Wahlkreise durch 82 Delegierte vertreten. Das Centralkomitee ist durch zwei Delegierte, Heilweck und Fischer, der Parteivorstand durch Gersch vertreten. Von der sächsischen Landtagsfraktion sind zwölf Abgeordnete anwesend.

Da über Punkt 2 der Tagesordnung keine Diskussion beliebt wird, ergreift Abg. Geyer das Wort zu Punkt 3 der Tagesordnung: Wahlrechtsänderung und Stellung der Partei zu derselben.

Geyer: Die Landtagsfraktion hat in innigem Kontakt mit den Genossen im Lande gestanden und ihre Haltung hat im großen Ganzen allgemeine Billigung gefunden. Die reaktionäre Handhabung der Geschäftsordnung, die kleinlichen Mittel der Gegner im Landtage, Sozialistendebatten vom Haupte zu brechen, geben uns Gelegenheit, unseren Standpunkt mit Energie und Schärfe zu kennzeichnen und wir haben dadurch immer neue Sympathien und neue Anhänger gewonnen. Am meisten aber haben wir an Sympathien und Anhängern gewonnen, als das Attentat auf das allgemeine Wahlrecht unternommen wurde, wodurch die einzige oppositionelle Partei aus dem Landtage hinausgedrängt werden soll.

Man wird nun freilich jetzt befreit sein von der Opposition, man wird niemanden mehr haben, der die Finger in die offenen Wunden legt, die Folge wird ein allgemeiner Stillstand in dem politischen Bewußtsein des Volkes sein. Die Landtagsfraktion hat im Interesse des kulturellen Fortschrittes mit aller Energie gegen das Dreiklassenwahlrecht gekämpft, das das Volk so entrechtet wie das preussische Dreiklassenwahlrecht und sie hat darin die vollste Zustimmung des Volkes gefunden. Wir können heute noch kein Programm für unsere Agitation in der Zukunft aufstellen, wie wir agitieren werden, das muß die Erfahrung lehren, aber daß wir für das Wahlrecht agitieren müssen, ist zweifellos.

Wenn man die Absicht hat, uns lahm zu legen, die Wahl-agitation aufzuhalten, so muß die Regierung, so müssen die herrschenden Parteien mit ganz anderen Mitteln vorgehen, als mit der Aufkotzung des Dreiklassenwahlrechts.

Aber selbst unter den schroffsten Polizeimaginationen werden wir unter dem Dreiklassenwahlrecht die Situation in Sachsen auszunutzen verstehen, wie die Sozialdemokratie die Situation unter dem Sozialistengesetz auszunutzen hat. Unsere Agitation wird nur immer energischer, immer heftiger werden, je brutaler die Mittel sind, die gegen uns angewendet werden.

Seit dem Fall des Sozialistengesetzes sind nirgends in Deutschland schroffere Polizeimaginationen erfolgt als in Sachsen, aber trotzdem hat die Sozialdemokratie mit Erfolg dagegen gekämpft, ihre Anhänger haben sich nur um so enger aneinander geschlossen und die Sozialdemokratie Sachsens ist stark und mächtig, wovon die Reichstags-, Landtags- und Gemeindevorstände glänzendes Zeugnis ablegen.

Wie wir gegen das Dreiklassenwahlrecht ankämpfen werden, kann heute noch nicht an einer Skizze gezeigt werden. Hier muß eine Fixierung der Taktik von Fall zu Fall eintreten. Nur so viel sieht sich, daß es keiner besonderen Organisation zum Kampfe gegen das Dreiklassenwahlrecht bedarf. Aber wir dürfen keine überstürzten Beschlüsse fassen. In dem Kampfe gegen das Dreiklassenwahlrecht sieht die Sozialdemokratie allein, jeder Kompromiß mit den Gegnern ist von vornherein ausgeschlossen. Selbst diejenigen Vertreter bürgerlicher Parteien, die heute für allgemeines gleiches Wahlrecht eintreten, würden es sofort verraten, wenn es ihr Interesse erheischt.

Bei dem Punkt, der uns hier beschäftigt, wollen wir zunächst unsere Stellung zu den nächsten Wahlen und dann die Frage der Mandatsniederlegung erörtern. Beteiligen wir uns überhaupt an den Wahlen, so steht es für mich fest, daß wir unsere Mandate nicht niederlegen dürfen.

Im Einverständnis mit der Landtagsfraktion, die mit 13 von 14 Stimmen darüber gestimmt hat, vertritt ich hier den Standpunkt, daß wir uns beweisen an den nächsten Landtagswahlen beteiligen. Der heute gefasste Beschluß kann aber natürlich nicht bindend sein für spätere Wahlen. Aus der Erfahrung bei den nächsten Wahlen müssen wir die Schritte für unser späteres Verhalten ziehen.

Unsere Gegner haben behauptet, daß die große Zahl der Wähler dritter Klasse mit den Wahlrechtsänderungen einverstanden seien.

Dem gegenüber müssen wir den Beweis liefern, daß dies nicht der Fall ist und das können wir nur durch unsere Beteiligung an der Wahl. Bei der nächsten Wahl werden nach der Behauptung der Gegner ca. 150000 Wähler mehr sein, die der dritten Klasse zuzurechnen sind. Wir müssen den Beweis liefern, daß diese Wähler auf unserer Seite stehen. Die überwiegende Zahl der Wähler dritter Klasse wird der Sozialdemokratie Heerfolge und damit wird sich unsere Stimmenzahl noch vermehren. Alle diese Stimmen sind ein lebendiger Protest gegen das Wahlrechtsattentat.

Die positive Beteiligung übt dann eine größere Wirkung aus als die Abstinenz. Bei Nichtbeteiligung der Sozialdemokratie können die Gegner immer wieder die Zugehörigkeit der dritten Klasse zu uns bestreiten. Durch Wahlenthaltung aber wird weiter das Interesse für den Landtag und damit für die ganze Wahlrechtsfrage lahm gelegt. Durch unsere Beteiligung an der Wahl wollen wir nicht unser Einverständnis mit dem Dreiklassenwahlrecht bekunden, wir wollen vielmehr den stärksten Protest dagegen einlegen. Wenn wir den Wählern den positiven Beweis in die Hand geben, wie sehr sie entrecht sind, wird die Agitation für das allgemeine Wahlrecht die größten Dimensionen annehmen.

Wir sind freilich der Meinung, daß eine Mandatsniederlegung für uns völlig ausgeschlossen ist. Aber es kommt uns nicht auf die Gewinnung von Mandaten an, sondern darum, die feindliche Stimmung des Volkes gegen die Entrechtung zu erweisen. Wir müssen den Beweis liefern, daß die Sozialdemokratie nicht mehr in den Landtag kommen kann. Von verschiedenen Seiten ist Einwand erhoben worden, daß es um die Mittel schade wäre, die wir für die Wahlagitiation aufwenden, wenn wir doch kein Mandat erringen. Aber wir haben diese Mittel nicht aufgewendet, um Mandate zu erringen, sondern wir treten in die Agitation ein, um für unsere Ideen Propaganda zu machen, um sie bei dieser Gelegenheit in die weitesten Schichten des Volkes zu bringen.

So lange für uns Mandate erreichbar waren, haben wir allerdings noch ihnen getreut, um uns das wirksame Agitationsmittel der Parlaments-Tribüne nutzbar zu machen, aber um auch positiv mitzuarbeiten, wo es sich um kulturelle Zwecke handelte. Die Wirksamkeit der Agitation aus dem Parliamente heraus kennt jeder aus der ersten Zeit des Sozialistengesetzes, wo die Parlaments-Tribüne unser einziges Agitationsmittel gewesen ist. Aber wenn uns die Landtags-Tribüne in Zukunft auch verschlossen ist, müssen wir für die Wahlagitiation doch dieselben Mittel aufwenden wie bisher, denn wir gewinnen dadurch neue Anhänger für uns. Wir müssen alle Kraft aufwenden, alle Register ziehen, um unseren Gegnern ein Bein zu stellen, in der Wahlagitiation müssen wir dem Volke die Kleinlichen und perfiden Machinationen unserer Gegner entlocken. Sprechungen auch keine Mandate für uns heraus, nun wohl, die Agitation allein ist uns die aufgewandten Mittel wert. Die Propaganda ist unser Ziel, nicht die Erringung von Mandaten.

Ein weiterer Einwand ist erhoben worden, daß es uns an geeigneten Wahlmännern fehlen würde. In den Industriebezirken kann gar keine Rede davon sein, und in den anderen Bezirken werden wir durch unsere Agitation schon für geeignete Männer sorgen. Wir hatten früher auch Kandidatenmangel. Davon ist jetzt keine Rede mehr.

Unsere Gegner haben bereits angekündigt, daß sie alles aufbieten würden, um eine zahlreiche Wahlbeteiligung in der dritten Klasse herbeizuführen. Halten wir uns fern, so kann man uns leicht sagen: Da seht Ihr, daß die dritte Klasse gar nicht der Sozialdemokratie gehört. Sie wollen uns Wahlmänner 3. Klasse präsentieren, die wie Arbeiter aussehen, aber keine sind. Um diesen Schaden zu verhüten, um eine solche Staffage zu machen, schon deshalb müssen wir uns an der nächsten Wahl beteiligen. Wir wollen keine faule Staffage, wir wollen keine faule Opposition! — Diesen Schachzug der Gegner müssen wir durchkreuzen, zum Beweise, daß wir uns noch lange nicht mit dem neuen Wahlsystem abgefunden haben.

Wenn wir dagegen Wahlenthaltung empfehlen, so kann das gerade bei der ersten Wahl für uns äußerst gefährlich werden, lieber bei der ersten Wahl Erfahrung sammeln und dann beschließen, als jetzt überstürzte Beschlüsse fassen, die uns dann nachträglich gereuen.

Es ist möglich, daß unsere Agitation in der nächsten Zeit noch mehr beschränkt wird als bisher. Die Gegner haben offen ihre Absicht ausgesprochen, die sozialdemokratischen Abgeordneten außer Landes zu bringen, damit sie nicht mehr die den Gegnern unangenehme Kritik üben können wie bisher. Wird diese Kritik verhindert, so glauben sie noch ganz andere Gewaltmaßnahmen gegen uns vornehmen zu können als jetzt schon. Die jegliche Politik der Regierung drängt geradezu darauf hin. Aber wenn sie das versuchen, so haben wir gerade bei der Wahlagitiation die beste Gelegenheit, unsere Gegner und ihre Machinationen an den Pranger zu stellen. Versucht man aber gar unsere Wahlagitiation mit Zwangsmaßnahmen zu unterbinden, so ist das erst recht ein Agitationsmittel für uns.

Was nun die Frage der Mandatsniederlegung anbetrifft, so ist es klar, daß davon keine Rede sein kann, wenn wir überhaupt in die Wahl eintreten.

Die Parlaments-Tribüne ist und bleibt unser bestes Agitationsmittel. Schon von diesem Grundsatz ausgehend, können wir auf unsere beste Waffe nicht verzichten. Freilich werden wir nicht mehr in der Lage sein, selbständige Vorträge zu stellen, wenn 6 Abgeordnete ausscheiden, für die kein Ersatz eintritt. Aber darauf kommt es nicht an. Unsere Anträge haben auch jetzt niemals Annahme gefunden. Aber die prinzipiellen Anträge, die wir bisher gestellt haben, die Anträge betreffend die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, die Anträge zur Fabrikinspektion, zur Einkommensteuer, werden nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Unsere im Landtage verbleibenden Genossen werden bei den einzelnen Sitzungspositionen immer reichlich Gelegenheit finden, auf sie einzugehen.

Wir geben uns keinen Täuschungen darüber hin, daß von Session zu Session die Gegensätze zwischen unseren Gegnern und unseren Fraktionsgenossen sich immer mehr zuspitzen werden, und daß unsere Genossen ein rosiges Leben im Landtage haben werden. Aber die Heftigkeit des Kampfes schärft den Kampfesmut, die Energie, die Thatkraft. Wir sind es nicht, die selbe zurückweichen. Wir haben es vielmehr erfahren, daß durch unser Verhalten gezwungen der Präsident des Landtages, unsere Gegner vor uns zurückweichen mußten. Sentimentale Karföhigkeit mit unseren Genossen kann uns auch nicht abhalten, sie auf dem exponierten Posten zu belassen, den inne zu halten ihre Pflicht sie zwingt.

Weiter als Grund für die Mandatsniederlegung wird ausgeführt, daß unsere Genossen im Parliamente von den Gegnern festgenagelt worden seien, daß sie nur durch deren Gnade geduldet, dort verbleiben könnten. Hätten unsere Gegner vermocht, uns ohne Effekt aus dem Landtage herauszubringen, sie hätten es sicher getan. Aber dazu wäre eine Verfassungsänderung notwendig gewesen. Die nötige 2/3-Majorität dazu hätten sie wohl gehabt, aber sie fürchteten den Sturm, der sich zwischen den beiden aufeinander folgenden Sessionen erhoben hätte. Sie wußten es, daß sofort das ganze Volk auf unsere Seite getreten wäre, und davor fürchteten sie sich. Sie handelten unter dem Zwange der Furcht, und darum ist es keine Gnade, von der die Genossen im Landtage zehren.

Aus demselben Grunde scheute man auch vor der Auflösung des Landtages und sofortiger Neuwahl nach dem neuen Wahlsystem zurück. Sie fürchteten, daß unter solchen Verhältnissen das ganze Land in Aufruhr versetzt worden wäre, und daß auch die Antifemiten in Rücksicht auf ihre Existenz für das allgemeine Wahlrecht eingetreten wären, so daß ein Landtag zu Stande gekommen wäre, der den Reaktionen wenig Gnade gemacht hätte.

Wenn die Gegner uns so fürchten, wenn wir nicht von ihrer Gnade leben, so beharren wir nur auf unserem Recht, wenn wir im Landtage verbleiben. Und ein Recht, das man sich einmal erkämpft hat, das darf man nicht aus der Hand geben, zumal dieses Recht für uns eine bedeutsame Stütze ist.

Die verbleibenden Genossen im Landtage werden es schon verstehen, unsere Grundsätze würdig zu vertreten. Eine Verfassung, eine Politik der Verdumpfung ist nicht zu befürchten. Ich bin sogar der Meinung, daß die kleine Zahl nur um so energischer unsere Grundsätze vertreten wird. Und wenn wir draußen, durch Polizeimaginationen nicht mehr so agitieren können wie bisher, so werden die Genossen im Landtage die besten und stärksten Förderer der allgemeinen Wahlrechtsbewegung sein. Und man werde nicht ein, daß die kleine Zahl nur ein bloßer Rumpf sei — ich sehe über die Besetzung hinweg, die in dieser Besetzung liegt — nach den bisherigen Erfahrungen, davon bin ich überzeugt, wird keiner von ihnen, selbst die jüngeren nicht, der Partei Schande machen.

Ich resumiere mich deshalb dahin, daß wir unentwegt in die nächsten Neuwahlen eintreten müssen und daß von Mandatsniederlegung keine Rede sein kann.

Nehmen Sie die Resolution an, die Ihnen hier die große Majorität der Landtagsfraktion vorlegt. (Beifälliger Beifall.)

Resolution.

In Erwägung, daß es die Aufgabe der sächsischen Sozialdemokratie ist, den Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht andauernd fortzuführen und mit allen Mitteln das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu erkämpfen.

In weiterer Erwägung, daß die Einführung des Dreiklassenwahlsystems ohne Betragung und Zustimmung der Wähler geschehen ist und es deshalb nötig erscheint, ziffernmäßig festzustellen, daß das sächsische Volk in seiner großen Mehrheit dem Dreiklassenwahlsystem feindselig gegenübersteht,

ferner, daß die Sozialdemokratie zur Verfechtung ihrer Grundsätze die Parlaments-Tribüne als geeignetes Kampfmittel — auch unter den besonderen Verhältnissen, wie sie durch die Einführung des Dreiklassenwahlsystems geschaffen worden sind — nicht aufgeben darf,

beschließt die Landesversammlung:

1. Die sozialdemokratische Partei hat ununterbrochen und unter Ausnutzung aller Kräfte für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und gehehmen Wahlrechts für die Landtagswahlen zu wirken.
2. Die sozialdemokratische Partei beteiligt sich an den nächsten Landtagswahlen.
3. Die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten haben ihre Mandate beizubehalten.

F. Geyer.

Nach der Rede Geyers ergreift Genosse Schoenlank als korrekter das Wort. Die ausführliche Wiedergabe seiner Ausführungen gegen Geyer bringen wir in der morgigen Ausgabe der Leipziger Volkszeitung.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 8. April.

Die Ueberfiedelung des 107. Infanterieregiments in die neuen Kasernements bei Möckern wird voraussichtlich bereits am 1. April 1897 erfolgen, da Aussicht vorhanden ist, letztere in der Hauptsache im Herbst d. J. fertigzustellen. Inzwischen bearbeitet der Rat der Stadt Leipzig das Projekt des neuen Rathausbaues. Bis zum Abbruch der Pleißenburg werden sich die städtischen Kollegien über dies Projekt schlüssig gemacht haben müssen, soll andernfalls nicht bedeutender Finanzverlust eintreten. Der Rat beabsichtigt bekanntlich, das neue Rathaus auf dem Pleißenburgareal zu errichten. Ob aber dieser Plan eine zustimmende Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium finden wird, ist noch sehr zweifelhaft. In der Rat scheint selbst die Ablehnung seines Vorschlages schon jetzt in den Kreis seiner Berechnungen gezogen zu haben, wenigstens ist über eine Verwendung der seit dem Auszuge des Reichsgerichts leerstehenden Georgenhalle eine definitive Verfügung noch nicht getroffen worden, vielmehr verläutet, daß angesichts des sich immer fühlbarer machenden Bedürfnisses eines Rathausneubaus die Räume der Georgenhalle zur Aufnahme von Büreaus unserer städtischen Verwaltung für den Fall reserviert bleiben sollen, daß die Stadtverordneten dem Rathsvorschlage, das neue Rathaus auf dem Pleißenburgareal zu errichten, nicht zustimmen.

Aus der Volksschule der Bildungsanstalt. Allgemeine Entzifferung rief vor einigen Tagen ein Vorgang hervor, der allerdings geeignet ist, die „Freude“ des plebejischen Civils an unserem herrlichen Kriegsheer aufs höchste zu steigern. Schien da hinter der an der Konnenstraße gelegenen Kaserne des 4. Bataillons des 107. Infanterieregiments eine Anzahl Personen und eine größere Menge Schulkinder zu, wie ein Unteroffizier, mit einem Instruktionbuche ausgerüstet, den kürzlich eingezogenen Einjährig-Freiwilligen die höheren militärischen Fertigkeiten beibrachte. Ob sich nun der militärische Bildner hierbei durch das Zuschauen der Civilpersonen befähigt fühlte, wissen wir nicht, genug er kam auf sie, die zurückweichen, zu und applizierte einem Arbeiter, der an einer Mandelentzündung leidet, eine schallende Ohrfeige. Festiger Anwalt wurde natürlich über diese lebenswürdige Behandlung laut und der Mißhandelte hat alsbald eine Beschwerde an das 107. Regiment gerichtet, deren Erfolg noch nicht an den armen Kranken mitgeteilt worden ist.

Die Amtsstelle der königlichen Gewerbeinspektion befindet sich von jetzt ab in Leipzig-Gutrich-Gohlis, Blumenstraße Nr. 27, im Erdgeschoß.

Die Zeichnungen zum Garantiefonds für die Sächsisch-Thüringische Industrie- und Gewerbeausstellung haben jetzt den Betrag von 1 1/2 Millionen Mark überschritten. Außerdem haben die Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt und die Leipziger Bank sich bereit erklärt, dem Ausstellungsunternehmer einen Kredit bis zu 2 1/2 Millionen Mark zu bewilligen.

Die durch den Genuß bleibhaften Mehlens in Sachsen vorgekommenen Erkrankungen, die zum Teil darauf zurückzuführen waren, daß in manchen Getreidemühlen Mehl zur Befestigung der Haken in den Mählfleinen Verwendung findet, haben dem sächsischen Ministerium des Innern Veranlassung gegeben, Erörterungen darüber anzuordnen, ob zur Zeit in Sachsen noch Mühlen im Betrieb sind, in denen diese gesundheitsschädliche Art der Befestigung vorkommt.

Der Bund deutscher Gastwirte, der Sitz und Verwaltung in Leipzig hat, hat beschlossen, bei der in diesem Jahre stattfindenden Generalversammlung den Antrag zu stellen, eine statistische und Auskunftsstelle zu errichten, in der jedem Bundesmitglied über freitige sachgewerbliche Angelegenheiten Rat und Auskunft erteilt wird. Um eine möglichst allgemeine Beteiligung der Fachgenossen an dieser Einrichtung herbeizuführen, ist geplant, mit dem Deutschen Gastwirtsverband, der in Berlin seinen Sitz hat, Fühlung zu suchen.

Zur Tischlerbewegung. Nach den Mitteilungen, die heute vormittag in der im Pantheon abgehaltenen und von über 800 Personen besuchten Versammlung gemacht wurden, haben 26 Unternehmer mit 277 Arbeitern ohne Einschränkung die Forderungen der Tischlergehilfen bewilligt. Weitere 30 Unternehmer mit 411 Arbeitern bewilligten in Gemäßheit eines gestern gefassten Zimmungsbeschlusses statt der geforderten 56stündigen Arbeitszeit die 57stündige Arbeitszeit und statt des geforderten 10prozentigen Aufschlages für Doppelthüren einen 5prozentigen Aufschlag. Infolge dieser Konzessionen sind nur wenige Arbeiter ausständig geworden. Heute abend findet im Pantheon eine weitere Versammlung statt, in der die Tischler sich zu den Zimmungsvorschlägen erklären sollen. Werden diese angenommen, so wird voraussichtlich der Streik unterbleiben.

Univeritätsnachricht. Der außerordentliche Professor Seitgeast in Leipzig ist als ordentlicher Professor für Landwirtschaft und als Direktor des landwirtschaftlichen Instituts an Stelle des nach Bonn überfiedelten Professors von der Goltz an die Universität Jena berufen worden.

Mit Beginn des neuen Schuljahres (10. April) werden die mit der 12. Bürgerschule in L.-Lindenau verbundenen drei Klassen für schwachsinntige Kinder nach L.-Plagwitz verlegt und dem Direktor der 24. Bezirksschule, Herrn Dr. Wildfeuer, unterstellt werden. An Stelle der Klassen für schwachsinntige werden in der 12. Bürgerschule Bezirksschulklassen eingerichtet werden.

Der Bezirksauschuss hält Sonnabend den 11. April vormittags 9 Uhr im Verhandlungslokal der Amtshauptmannschaft öffentliche Sitzung ab. Gegenstände der Beratung werden verschiedene Gemeinde- und Wegbaufragen, Dispensationen in Disziplinierungsangelegenheiten und gewerbliche Anlagen, insbesonderen auch allgemeine Bezirksangelegenheiten bilden.

Feiertagsverkehr. Auf dem Thüringer Bahnhof wurden am Sonnabend, 1. und 2. Feiertag 37 310 angekommene und 40 670 abreisende Passagiere gezählt.

Falsches Geld. Drei Falschstücke sind in den letzten Tagen in Widau angehalten worden, und zwar ein falsches Markstück, Jahreszahl 1894, Münzzeichen C, zwei falsche Zweimarkstücke preussischen bez. württembergischen Prägzeichens und mit den Jahreszahlen 1876 bez. 1877.

50 Mark Belohnung. Wie früher bereits gemeldet, ist am 18. März d. J. in Gasse Nr. 12 ein Kind weiblichen Geschlechts ausgeführt worden. Die Nachforschungen nach der Mutter oder sonstigen Angehörigen des Kindes sind bisher vergeblich gewesen, so daß sich nunmehr das Polizeiamt veranlaßt sieht, auf die Ermittlung der fraglichen Personen die obige Belohnung anzusetzen.

Die Sprache verloren hat jene ältere Frau, die, wie wir schon mitteilten, am Sonnabend auf dem Thüringer Bahnhof von einem Schlaganfall betroffen wurde. Im Hospital, wohin die Kranke gebracht worden war, hat sie bis heute noch nichts über ihre Persönlichkeit angeben können. Nach einem bei ihr vorgefundenen Patenbriefe könnte es eine Frau Henriette Kaiser sein, die wahrscheinlich von auswärts hier zugereist war.

Durchgebrannt ist nach einer Mitteilung der Gerichtszeitung seit einigen Tagen der Teilhaber eines hiesigen größeren Möbelmagazins. Er soll eine ziemlich erhebliche Summe als Reisegeld eingestekt haben.

Unfälle. Ein in Lindenau wohnhafter Maschinenführer erlitt am 2. Feiertag in Corbeha bei der Zusammensetzung eines Zuges infolge zu starken Aneinanderstoßens zweier Wagen in seinem Coups an der linken Brust eine Durchschuß. Die Verletzung stellte sich jedoch bei näherer Untersuchung als nicht gefährlich heraus. Ein anderer bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern abend in der 8. Stunde in der Rauschischen Gasse am Eingange vom Marienplatz. Bei dem lebhaften Verkehr in dieser Straße war plötzlich ein Schulknabe unter die Räder eines leichteren Transportwagens geraten, die ihn über die Füße gingen. Wie der Knabe unter den Wagen gekommen ist, darüber konnte der Geschirrführer nur Vermutungen aussprechen. Infolge des Vorfalls hatte sich schnell eine große Menschenmenge angeammelt.

Das Fahrrad bei der Verfolgung eines Verbrechers. Ein aufregender Vorgang spielte sich vor einigen Tagen in den Abendstunden vor dem Schalter des in der Thomassgasse gelegenen Postamts ab. Ein Anwaltschreiber hatte vor dem Postschalter 500 Mk. zur Verfertigung aufgezählt, als plötzlich ein Fremder herzutrat, mit raschem Griff drei Hundertmarkstücke erfaßte und damit die Flucht nach der Promenade und dem Obstmarkt ergriff. Der Schreiber setzte ihm nach; jedoch vergrößerte sich bereits die Distanz zwischen Verfolger und Verfolgtem, als ein von dem Schreiber angerufener Radfahrer, ein Kaufmann aus L.-Eutritzsch, die Verfolgung zu Rad übernahm. Er holte den Gauner auf dem Königsplatz ein, wo die ihn übernehmende Kriminalpolizei in ihm einen erst vor wenigen Wochen nach Unterschlagung von 600 Mk. aus Berlin flüchtig gewordenen, 16jährigen Kaufmannslehrling feststellte. Das Bargeld hielt er noch in der Hand.

Ein Einbruchversuch wurde in dem Hause Schauffstraße 51 unternommen. Der Dieb hatte schon in der von der Gasse in ein Garderobegeheiß führenden Thüre die Füllung herausgeschritten und war eben im Begriff, die dahinter befindlichen Eisenstäbe zu entfernen, als er durch einen aus seiner Wohnung kommenden Hausbewohner gestört und zur Flucht veranlaßt wurde.

Wegen des Verdachtes, sich der Wildddieberei schuldig gemacht zu haben, wurden am 2. Feiertag abends 7 Uhr zwei Hausarbeiter, die mit dem um die angegebene Zeit eintreffenden Zuge hier angekommen waren, auf dem Eilenburger Bahnhof verhaftet. Wie es heißt, waren die Verhafteten von einem preussischen Gendarmen mittels Depesche beschuldigt worden, das unberechtigte Fagen in der Torgauer Gegend ausgeübt zu haben.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Das am 4. April herausgegebene 4. Stück des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen enthält u. a. das Gesetz, eine Abänderung von § 2 des Gesetzes vom 3. Dezember 1888, die Wahlen für den Landtag betreffend, vom 27. März

1896, und das Gesetz, die Wahlen für die Zweite Kammer der Ständeverammlung betreffend, vom 28. März 1896. Damit hat die Wahlrechtsänderung endgültig Gesetzeskraft erlangt. Was bisher als Unrecht galt und so genannt werden durfte, ist jetzt formales Recht und muß als solches unter dem Zwange des Strafgesetzbuches respektiert werden. Gestern noch Unrecht — heute Recht. Die Begriffe wandeln sich schnell, aber nur äußerlich, sehr äußerlich. Daß auch das neue „Recht“ in den Herzen von Tausenden nach wie vor als Unrecht empfunden werden wird, kann keine Publikation im Gesetz- und Verordnungsblatt verhindern. Und daß jenes Recht, das in die Herzen der Menschen eingeschrieben ist, das von Tausenden als Recht empfunden wird, für das Tausende unentwegt und rückwärtslos einzutreten bereit sind, endlich den Sieg davontragen muß über die flüchtigen Gesetze und Rechte des Tages, daß gedruckte Gesetzesparagrafen dem ungeschriebenen, aber in die Menschenseele tief eingprägten Recht weichen müssen — das ist uralte Weisheit. Wer könnte daran zweifeln? Und wenn niemand daran zweifeln kann, dann ist auch nicht zu verweisen an dem endgültigen Siege der gerechten Sache des arbeitenden Volkes. Vorwärts für Recht und Freiheit, durch Nacht zum Licht, durch Kampf zum Sieg!

Borna, 6. April. Ein Gefreiter vom Karabinierregiment und ein Sergeant vom Bezirkskommando wurden in Untersuchungshaft genommen. Beiden wird zur Last gelegt, sich an ihnen anvertrauten Kassengebern vergriffen zu haben.

Dösch, 7. April. Die Postagentur in Bampertswalde, im Bezirke der Amtshauptmannschaft Dösch gelegen, führt hinfort — zum Unterschiede von einer im Oberpostdirektionsbezirk Dresden gelegenen Postagentur gleichen Namens — die zusätzliche Bezeichnung „(Bezirk Leipzig)“. Es empfiehlt sich, diese Bezeichnung in der Aufschrift der Postsendung stets anzuwenden, damit Fehlleitungen vermieden werden.

Reichenhain b. Chemnitz, 7. April. Bei der am Dienstag hier selbst stattgefundenen Gemeinderats-Ergänzungswahl hat unser Genosse Hermann Friedrich den Sieg davongetragen.

Zittau, 7. April. Der Raubmörder Kögler hat am Nachmittag des ersten Feiertags aus dem Reichenberger Gefängnis ausbrechen versucht. Sein Vorhaben wurde jedoch rechtzeitig verhindert. Kögler hatte die ihn fesselnden Ketten bereits zerrieben und Versuche gemacht, durch einen Kanal zu entkommen. Seine Hände wurden ihm nun auf den Rücken gefesselt.

Reuth, 7. April. Die im sächsischen Voigtlande gelegene Eisenbahnstation Reuth ist ab April d. J. zur Haltestelle herabgesetzt und hierfür die jetzige Bahn-Haltestelle Scharfenstein wegen ihres lebhaften Verkehrs zur Bahnhofszuspektion II. Klasse erhoben worden.

Chemnitz, 6. April. In der Nacht vom 2. zum 3. April sind in Thalheim zwei mit Gewehr und Revolver bewaffnete Männer in die Wohnung einer Witwe eingedrungen und haben von derselben 150 Mark ränberisch erpreßt. Der Staatsanwalt bittet, jedwede Wahnenehmung, die zur Ermittlung der Täter führen könnte, sofort anzuzeigen.

Mittweida, 6. April. Wegen Sittlichkeitsverbrechen wurde der Technischschüler Heinrich Eppinger zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Wörsdorf, 7. April. Gestern nachmittag entgleiste kurz hinter Dürrenhennsdorf die Lokomotive des 1 Uhr 56 Minuten von Ebersbach nach hier abgegangenen Personenzuges aus noch unermittelter Ursache. Da die Entgleisung nach ungefähr einer Stunde erfolgt war, blieben Störungen im Verkehr vermieden.

Aus dem II. sächsischen Reichstagswahlkreise.

Burzen, 7. April. Bezüglich der Gesuche um Errichtung von Schanfstätten hat man in hiesiger Stadt beschlossen, in der Regel die Genehmigung zu verweigern, wenn auf 250 Einwohner und darunter eine Schanfstätte entfällt. Burzen besitzt gegenwärtig 70 Schanfstätten, so daß schon auf 217 Einwohner eine solche zu rechnen ist, gegen 234 Personen in Leipzig (im Jahre 1893).

Table with 2 columns: Item and Amount. 4. und 5. Quittung für den II. Wahlkreis. Mann im Mond 4.25 Mk., W. J. (Nr. 248 b. nicht 51) 28.06 Mk., Frühkonzert 1.70 Mk., Wegen die Mandatsniederlegung 0.50 Mk., Total 32.31 Mk.

Von Nah und Fern.

Die Krone, 7. April. Auf eine fürchtbare Weise ist am vergangenen Sonnabend der Schaffner Schönberg aus Chemnitz zwischen hier und Klingenberg unweit des Seerenteiches verunglückt. Derselbe hatte am genannten Tage den Güterzug Nr. 2327 als Wagenwärter zu begleiten und hat sich anscheinend auf seiner Bremse die Strümpfe wechseln wollen. Hierbei ist Schönberg heruntergestürzt und ist allem Anschein nach von seinem Zug und von einer zurückkehrenden Maschine sowie vom Schnellzug überfahren worden, so daß er bis zur Unkenntlichkeit verstimmt aufgefunden worden ist. Der Verunglückte war verheiratet.

Berlin, 7. April. Der Grenadier Thyrler vom Kaiser Alexander-Regiment, über dessen wiederholte Weigerung, ein Gewehr anzufassen, wir auch jüngst wieder berichteten, ist am Mittwoch zum drittenmal aus dem Militär-Arrestgebäude nach Spandau auf die Festung gebracht worden. Was für eine Strafe er bekommen hat, ist noch nicht bekannt geworden; die letzte betrug ein Jahr.

Der Kaiser als Maler. Der Kaiser hat zwei Skizzen entworfen, nach denen der Maler Karl Neuchling zwei Gemälde malen wird, von denen das eine die Begrüßung des Garde-regiments zu Fuß durch König Wilhelm I. nach der Schlacht bei Sedan, das andere den Sturm der Garde auf Sedan darstellen wird.

Mordversuch eines Fünfzehnjährigen. In Charlottenburg hat am ersten Feiertag ein fünfzehnjähriger Knabe seine Braut, ein Dienstmädchen zu erschließen versucht. Das Mädchen wurde verwundet, der Knabe ist in Haft genommen worden.

Brüssel, 7. April. In der vergangenen Nacht brannte in Jette-St. Pierre bei Brüssel ein Tanzlokal ab. Der Eigentümer, seine Frau und drei Kinder kamen dabei ums Leben.

Meran, 8. April. Gestern ist im Sinigbacher Thal ein furchtbarer Waldbrand ausgebrochen, der so gewaltige Dimensionen annahm, daß jetzt bereits für Meran selbst Gefahr besteht.

London, 7. April. Bei der gestern erfolgten Eröffnung der Snowdon-Bergbahn löste sich auf der Rückfahrt die Lokomotive los, stürzte über den Abhang hinab und wurde zerschmettert. Der Maschinist und der Heizer retteten sich durch Abspringen; die Wagen wurden durch schnelles Bremsen sofort zum Stehen gebracht. Nur ein Passagier, der abgesprungen war, wurde getötet, einige Passagiere erlitten leichte Verletzungen. Die Maschine hatte bei der Entgleisung eine Telegraphenstange umgeworfen, wodurch auf der Anhöhe die Signallinse für die Ablassung des zweiten Zuges in Bewegung gesetzt wurde. Dieser lief in einem Wagen des ersten Zuges hinein, der eine Strecke die Bahnlinie entlang geschleudert wurde. Die Passagiere hatten den Wagen verlassen.

In Gloucester greifen die Pocken um sich. In vorletzter Woche kamen 172, in letzter 195 Erkrankungen vor. 104 Personen sind bereits gestorben. Aus London sind zahlreiche Ärzte zur Hilfeleistung in das versehrte Gebiet abgereist.

San Francisco, 8. April. Die Behörden entdeckten ein Komplotz gegen den Millionär Vanderbilt. Derselbe sollte auf einer Vergnügungsfahrt mitführen und gegen schweres Lösegeld wieder freigegeben werden.

Aus unserer Mappe.

Fortschritte im Verkehrsweisen weist das kleine Baden auf. Preußen und Sachsen marschieren freilich unterm Zeichen des Krebses. Nach Mitteilung des badischen Eisenbahnrates verteilten sich die im Jahre 1895 abgefahrenen Kilometerhefte auf die einzelnen Wagenklassen:

Table with 3 columns: Klasse, Proz., Hefte. I. Klasse 9,94 Proz., II. Klasse 23,40 Proz., III. Klasse 70,96 Proz. aller Hefte. Rabatt wurde bewilligt auf 32,3 Proz. sämtlicher Hefte und durch diese Rabattbewilligung der nach dem normalen Preis berechnete Wert sämtlicher Hefte um 14,2 Proz. ermäßigt. Sehr stark war der Absatz im Monat Dezember, da das Publikum bestrebt war, sich die Vorteile der Rabattgewährung auch für das Jahr 1896 thunlichst zu nutzen zu machen. Trodem ist, wie die Generaldirektion bemerkt, auch im Januar der Verkauf von Kilometerheften ziemlich bedeutend gewesen; er betrug 4726 Stück mit einer wirklichen Einnahme von 130 269 Mark. Im verfloffenen Jahre stellte sich der Verkauf in den letzten vier Monaten wie folgt:

Table with 3 columns: Monat, Heftezahl, Normaler Preis. September 8 510, 251 750 Mk., Oktober 7 991, 228 035, November 6 005, 175 880, Dezember 19 355, 581 021.

Nervenheilstätten für Minderbemittelte. Eine wichtige Anregung bringt die eben erschienene Nummer des ärztlichen Korrespondenzblattes für die Provinz Hessen-Nassau. Anlässlich eines Referates, das Herr Dr. Laquer aus Frankfurt in einer Sitzung der Vereinigung der genannten Provinz über die Reform unserer Irrenwesen erstattet hat, wies er darauf hin, daß ein Weg noch offen stehe, unsere so sehr überfüllten, an Größe und Zahl ganz unzureichenden Anstalten zu entlasten und gleichzeitig eine große Anzahl von Menschen vor weiterer Erkrankung zu bewahren. Es müßten ganz analog den öffentlichen Spitälern und den Irrenanstalten auch Nervenheilstätten errichtet werden. Die Geisteskranken, so führte der Referent aus, gehören natürlich in geschlossene Anstalten und nicht, wie es leider noch vielfach zu ihrem eigenen Schaden üblich ist, in Wasserheilanstalten, Luftkurorte und Pensionen; aber es giebt eine ganze Reihe von Depressionszuständen, Frühstadien der Paralyse, Fälle von traumatischen Neurosen, schwerer Hypochondrie und Hysterie, Zwangsneurosen, Angustzustände und andere Grenzfälle zwischen normaler und krankhafter Psyche, die wohl eine Anstaltsbehandlung nötig haben, aber kaum in eine Irrenanstalt gehören. Solange noch nicht die bessere Einsicht unter der großen Menge und auch bei den öffentlichen Behörden, die über Anstellungen zu entscheiden haben, verbreitet ist, daß der Aufenthalt in der Irrenanstalt noch lange nicht die geistige Arbeitsunfähigkeit und damit die Vernichtung der bürgerlichen Existenz der betreffenden bedeuete, muß es zwischen Stationen geben, auf welchen jener Mann nicht lastet. Allgemeine Krankenhäuser und Universitäts-Kliniken bieten für die Anzahl der Erkrankten, der Nervenkranken und Nerventrunkten keinen Raum; und der Aufenthalt in diesen bietet keine Gewähr für ihre Heilung. Dort werden sie entweder gar nicht oder recht ungewöhnlich behandelt, stören die chirurgischen bezw. internen Kranken und den Arzt mit ihren Klagen und krankhaften Zuständen. Wohlhabende und Bemittelte gehen in die Wasserheilanstalten und Sanatorien der verschiedensten Art. Der kleine Beamte, der gering bezahlte Lehrer, der mäßig bemittelte Handwerker oder Arbeiter stellt aber zu der Zahl der erwachsenen und ähnlicher Krankheiten bekanntlich ein sehr beträchtliches Kontingent. Wo sollen nun diese Bevölkerungsklassen Heilung finden von den Schäden, welche ihrem Nervensystem der Kampf ums Dasein zugefügt hat? Ruhe, Schonung, frische Luft, Abkühlung, Wasserbehandlung, Körperpflege, später rationale Ernährung, Übung in Feld und Garten bei mechanischer Berrichtung brauchen sie, Entfernung aus dem Teilstosser, zum Teil unverständiger Umgebung, Abhaltung aller Reize der Außenwelt thut ihnen not; auch strenge Anstalts-Disciplin verlangt zur Wiederherstellung ihrer Arbeitsfähigkeit in diesen Fällen der verständige Arzt. Hier besteht ein Mangel, dem nicht bloß die praktischen Ärzte, auch die beamteten Ärzte, die Vertrauensärzte der Versicherungsanstalten schon lange empfunden haben: Die nervösen Geschießungszustände nach Unfällen, sie wären nicht zu jenen unheilbaren „traumatischen Neurosen“ geworden, die Kranken hätten sich nicht durch unglückliche Gutachten, Altkensprüche und Schiedsgerichts-Sitzungen jahrelang hindurchschleppen müssen, wenn in einer öffentlichen, von einem psychiatrisch geschulten Arzte geleiteten Nervenheilstätte rechtzeitig eingegriffen worden wäre. Welche die Invalidditäts-Versicherungsanstalten eben davon gehen, die öffentlichen Konvaleszenten-Häuser und die Anstalten für Hysterie (Schwindel) zu fördern, sollten sie auch auf dem Gebiete der Nerven- und Geisteskrankheiten Segen zu stiften suchen unter den zahlreichen Mischlingen und Beladungen, den Invaliden der geistigen und körperlichen Arbeit, den Opfern der sozialen Kämpfe! Viele von ihnen kommen früher oder später tatsächlich in die Irrenanstalt, nicht immer zum Heile ihrer Krankheit und ihrer Existenz.

Letzte Nachrichten.

Das Zeugniszwangsverfahren gegen die Saalezeitung nimmt seinen Fortgang. Die Entscheidung des Oberlandesgerichts Naumburg ist in diesen Tagen zu erwarten. Die in dem Verfahren gegen das Volksblatt wegen Zeugnisverweigerung in Strafe genommenen Genossen haben sämtlich Beschwerde gegen ihre Bestrafung eingelegt.

Eine unerwartete Wendung hat der Fall Omelin genommen. Wie der Stütgarter Beobachter aus besser Quelle erfährt, wurde über Pfarrer Dr. Omelin in Großschalkdorf wegen der in seiner Protesterklärung begangenen „groben Verletzung

Der der vorgelegten Behörde geschuldeten Achtung vom Königl. Konfistorium eine Geldstrafe von 100 Mk. verhängt. Daneben wurde er „vor Fortsetzung solcher Ungebührlichkeit verwahrt“.

Reichstagsabgeordneter Dr. Böckel hat sich wieder ein eigenes Organ geschaffen. Es ist dies ein in Berlin erscheinendes unabhängiges und unpolitisches Wochenblatt für Volkswirtschaft und geistiges Leben.

Redaktionschluss 1 Uhr nachmittags.

Telegraphische Depeschen.

Privattelegramm der Leipziger Volkszeitung.

Von den unternehmungslustigen Spaniern.

m. Madrid, 8. April. Sämtliche Blätter besprechen fortgesetzt lebhaft den Beschluß des Washingtoner Repräsentantenhauses bezüglich der Cubafrage.

Mitteilungen aus dem Publikum

Die in der Nr. 67 der Leipziger Volkszeitung vom 21. März S. 3. unter dieser Rubrik enthaltene Notiz über die Verkaufverhältnisse in Gohlis bedarf insofern einer Richtigstellung, als das Verfügungsrecht über das Schillerfeldchen nicht der Gohliser Dranerei, sondern seinem Bewirtschafter Herrn Müller, zusteht.

Quittung.

Gefleiste Unterstüßungen der Gewerkschaften für das hiesige Gewerkschaftsamt, und zwar für den Monat März bis den 7. April, gingen ein:

Schuhmacher 7,50, Steinischer 12,50, Buchbinder 50,—, Kellner 10,—, Bauhandarbeiter 10,—, Schmiede 40,—, Notenscher 75,—, Metallarbeiter 50,—, Holzarbeiter 100,—, Textilarbeiter 25,—, Extrabeitrag 10,—.

Für den Wahlfonds zu den Wahlen zur Ortskrankenkasse gingen bei mir ein: Textilarbeiter 30,—, Glaser 10,—, Schuhmacher 25,—, Buchdrucker 100,—, Studatoure 5,—, Steinischer 5,—, Buchbinder 15,—, Gravüre 5,—, Metallarbeiter 15,—, Kupferschmiede 4,—, Zimmerer 10,—, Steinmeyer 5,—, Kürschner 15,—, Schmiede 12,50, Holzarbeiter 25,—.

Auf Listen gezeichnet gingen von nachstehenden Berufen ein: Buchdrucker 300,—, Textilarbeiter 70,—, Metallarbeiter 316,05, Steinmeyer 53,72, Textilarbeiter 24,—, Zimmerer 10,60, Holzarbeiter 8,85, Maler 7,80, Schmiede 7,70, Töpfer 6,35, Seiler 5,30, Klempner 3,60, Studatoure 23,—, Schmiede 6,75, Dachbeder 6,35.

Verichtigung: In voriger Quittung muß es heißen Notenscher 30, statt 15.

NB. Endesunterzeichneter ersucht alle diejenigen, die im Besitze von Sammellisten für die künftigen Textilarbeiter sind, so schnell als möglich abzurufen, um die Gelder ihrem Bestimmungsort zuführen zu können.

Karl Kuhnert, Kassierer, Kurprinzstr. 12, IV.

Auskunft in Rechtsfragen.

Alle zum Abdruck bestimmten Manuskripte bitten wir nur auf einer Seite zu beschreiben, da anderenfalls unndige Arbeit verursacht und der Abdruck verzögert wird.

R. C. 55. 1. Der neue Besitzer tritt in den alten Kontrakt ein. 2. Die Mietzahlung hat in der bisherigen Weise zu erfolgen. 3. Nein.

R. M. 1. Nein; der Eifer in dieser Richtung kommt natürlich beim Aufzählen in Frage. 2. Das kommt nicht nur auf die Höhe des Einkommens, sondern auch auf die Zahl der Kinder und sonstige familiäre Verhältnisse an. Ein Zwang kann aber ausgeübt werden, wenn die Voraussetzungen zutreffen.

R. W. j. 1. Das hilft Ihnen gar nichts. 2. Hat der Akt in dem Zeitraum zwischen dem 182. und 302. Tage vor der Niederkunft stattgefunden, so müssen Sie zahlen. Waren mehrere männliche Personen beteiligt, so hatten sie zu gleichen Teilen. 3. Etwa 50 Mark pro Jahr.

Veranstaltungskalender.

Mittwoch: Holzarbeiter. Sanktion. Abends halb 9 Uhr. 1. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter in Amerika und Deutschland. 2. Die Stellung der Holzarbeiter-Vereinigung zur Lohnbewegung der Tischler. Ref.: Kollege Robert Weber.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Mittwoch v. 8. April: 93. Abonn.-Vorstellung (1. Serie, grün).

Der Troubadour.

Oper in 4 Akten. Nach dem Italienischen des S. Cammerano von Heinrich Proch. Musik von Giuseppe Verdi.

Regie: Ober-Regisseur Goldberg. — Direktion: Kapellmeister Post.

Graf von Luna Fr. Baumann
Leonore Fr. Bauer
Azucena, eine Zigeunerin Fr. Beyer
Dionicio Fr. Beyer
Ferrando Fr. Reibel
Inez Fr. John
Nunz Fr. Degen
Ein alter Zigeuner Fr. Penning
Vater Fr. Keller

Die Handlung fällt in den Anfang des 15. Jahrhunderts und spielt teils in Biscaya, teils in Arragonien.

* Graf von Luna — Der Grafesser vom Stadttheater in Bremen, als Gast.

Hierauf:

Ein Kostümfest. Ballet-Pantomime in 1 Aufzuge von H. Geimerdinger-Spadoni. Musik von Anton Rubinstein. Instrumentiert von Max Erdmannsdorffer.

Altes Theater.

Mittwoch den 8. April: 25. Volkstämmliche Vorstellung zu halben Preisen. Die Anna-Liese. Lustspiel in 5 Akten von Hermann Herich.

Der Tod des Liborius.

Drama in 1 Akt (mit teilweise Benutzung der gleichnamigen Weiblichen Ballade) von Wilhelm Jensen. Nach dem 1. Stück findet eine längere Pause statt.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Speiseanstalt I (Johannplatz): Kartoffeln u. Petersilie mit Schöpfensf. Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Gräupchen mit Rindfleisch.

Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Dienstag den 7. April 1896.

(Mitgeteilt von Gebrüder Glas.)

Table with 3 columns: Commodity (Weizen, Roggen, Gerste, etc.), Unit (per 1000 kg), and Price (in Mark/Brf.).

129. Sächsische Landeslotterie.

4. Klasse.

Ziehung vom 8. April.

Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 205 Mark gezogen.

Table of lottery numbers and prizes for the 4th class, including winning numbers and amounts.

Large table of lottery numbers and prizes, organized in columns with various numbers and their corresponding values.

Table of lottery numbers and prizes, continuing from the previous section, listing various numbers and their values.

Ankunfts-Bureau für gewerbliche Streitigkeiten, Unfall- und Krankenversicherungswesen.

„Stadt Hannover“, Seeburgstr. Jeden Abend von 7 1/2 - 9 Uhr unentgeltliche Auskunft für alle Arbeiter und Arbeiterinnen.

Bur gefälligen Beachtung!

Unsere verehrten Leser wollen bei Bezahlung der Leipziger Volkszeitung darauf achten, daß auf der Quittung sowohl der Name oder Stempel des Aussträgers, als auch der Name des Abonnenten vermerkt ist.